

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementspreis 1,00 Mark pro  
Quartal zzgl. Postgeb. Bestell-  
ungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition  
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate  
pro vierseitige Zeile 60 Pf.,  
Stellungsgebühr 40 Pf., für Be-  
bandsmitglieder 40 Pf., Verjam-  
mungsanzeigen 20 Pf., Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 7.

Berlin, den 11. Februar 1911.

27. Jahrgang.

## Agitiert, organisiert, werbet ständig und unermüdet neue Mitglieder!

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Erhebung eines Lokalbeitrags von den weiblichen Mitgliedern in Höhe von 10 Pf. pro Monat ist von der Zahlstelle Breslau beschlossen und unsererseits genehmigt worden.

2. Eine Erhöhung des Lokalbeitrags für weibliche und männliche Mitglieder von 10 Pf. pro Monat auf 5 Pf. pro Woche ist von der Zahlstelle Würzen beschlossen und seitens des Verbandsvorstandes ebenfalls genehmigt worden.

3. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. -Wücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzufenden.

Nr. 17 293	ausgestellt für	Georg Fleischer.
" 30 393	"	Willy Händel.
" 31 103	"	Heinrich Schwaner.
" 45 820	"	Walter Sonntag.
" 49 015	"	Paul Löhr.
" 72 766	"	Kunigunde Moser.
" 79 005	"	Elisabeth Flögel.
" 87 996	"	Gertrud Wolf.
" 88 569	"	Richard Götz.
" 88 929	"	Karl Neubert.
" 90 704	"	Wilhelm Hanke.
" 94 438	"	Anna Jähring.
" 94 844	"	Klara Richter.
" 95 163	"	Otto Wehner.
" 95 225	"	Helene Schulz.
" 95 358	"	Anna Daisar.

4. Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts wurde in Nürnberg die Kartonnagenarbeiterin Babette Clement aus Bayreuth (B.-Nr. 76 268) sowie in Erfurt der Buchbinder Max Zach aus Glauchau (B.-Nr. 96 546).  
Der Verbandsvorstand.

### Berechtigte und unberechtigte Lohnbewegungen.

I.

Lr. Jedesmal, wenn seitens der organisierten Arbeiter eine Lohnbewegung größeren Umfangs begonnen wird, scheiden sich die Geister in zwei Lager und die Frage nach der Berechtigung oder Nichtberechtigung der Lohnbewegungen im allgemeinen und der jeweiligen Lohnbewegung im besonderen wird in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert. Die öffentliche Meinung nimmt Stellung dazu, auf welcher Seite das Recht zu finden ist. In diesem Streit der Meinungen spielt weniger die Sachkenntnis und die ruhige Prüfung der Verhältnisse eine Rolle, sondern Massenurteile und Gefühlsurteile geben meistens den Ausschlag. Da wäre es denn doch sehr wünschenswert, wenn es möglich wäre, durch sachliches und unparteiisches Abwägen des Für und Wider ein

Urteil zu fällen, ob es sich im gegebenen Augenblicke um eine berechtigte Lohnbewegung handelt oder nicht. Die Öffentlichkeit hat ein großes Interesse daran, klarzusehen, die Staatsgewalt ist nicht minder daran interessiert, bei ihren Entscheidungen und Maßnahmen dem Rechte zum Siege verhelfen zu können, auch den organisierten Arbeitern würde eine solche sachliche Prüfung nicht unwillkommen sein, nur die Kapitalproben und Scharfmacher wären die einzigen, die eine objektive Nachprüfung ihres Tun und Lassens zu scheuen haben.

So wünschenswert nun auch eine unparteiische Entscheidung über Berechtigung oder Nichtberechtigung einer Lohnbewegung ist, so schwer ist es offenbar, einen Maßstab zu finden, um diese Entscheidung treffen zu können. Die an der Bewegung direkt Beteiligten zu fragen, hat natürlich keinen Zweck, denn deren Urteile sind subjektiv gefärbt, weil hier das persönliche oder das Klasseninteresse mitspricht. Die Urteile der kämpfenden Parteien und der mit ihnen sympathisierenden Kreise der Bevölkerung stehen sich natürlich wie Feuer und Wasser gegenüber. Es müßten also Personen gefunden werden, die außerhalb des Kreises der wirtschaftlich und sozial interessierten Volksschichten stehen, und es müßten allgemein gültige Grundsätze aufgestellt werden, an denen Recht oder Unrecht im gegebenen Falle gemessen werden kann. Die erste Forderung soll bekanntlich verwirklicht werden in den unparteiischen Schiedsgerichten und Schlichtungskommissionen — wie groß hier der Zwiespalt zwischen Idee und Wirklichkeit ist, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden — und in bezug auf die zweite Forderung ist ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ von Interesse, den der Syndikus Dr. Emil Wolff aus Frankfurt a. M. dort veröffentlicht hat. Die Auffassung des Verfassers, der eine gewisse Objektivität zur Schau trägt, deckt sich offenbar mit der Auffassung der preussischen Regierung, in deren Organ der Artikel erschienen ist. In Wirklichkeit ist der Artikelschreiber ebenso wenig unparteiisch, wie die preussische Regierung, die sich auch mit Vorliebe in die Löwenhaut der Unparteilichkeit hüllt, aus der allerdings die Felssohnen der kapitalistisch-agrarischen Interessenpolitik nur allzu verräterisch hervorlugen. Inmitten dürfte es sich lohnen, den Inhalt des Artikels „Zur Beurteilung moderner Lohnbewegungen“ einmal unter die Lupe zu nehmen.

Der Ausgangspunkt des Verfassers ist folgender: Der Lohn eines Arbeiters muß unter allen Umständen so hoch sein, daß er ausreicht, um dem Arbeiter und seiner Familie den notwendigen Lebensunterhalt zu gewährleisten; über dieses Existenzminimum hinaus gibt es Löhne, die er Standardlöhne nennt, die wir aber Gewerkschaftslöhne nennen wollen, die dem betreffenden Arbeiter eine höhere Lebenshaltung ermöglichen; diese über den ortsüblichen Tagelohn hinausragenden Löhne sind nicht im freien Verkehr des Arbeitsmarktes durch Angebot und Nachfrage gebildet worden, sie sind vielmehr das Ergebnis langwieriger gewerkschaftlicher Kämpfe oder der Tarifverhandlungen.

Das Existenzminimum, so führt der Verfasser aus, muß dem Arbeiter gewährleistet werden, weshalb eine direkte oder indirekte Herabsetzung des ortsüblichen Tagelohns nicht angängig ist, aber auch die durch die Gewerkschaften erzwungenen höheren Löhne dürfen unter keinen Umständen herabgedrückt werden. Ein Herabsetzen des Lohnes und ein dadurch herbeigeführtes Herabdrücken der früheren Lebenshaltung muß vermieden werden; es gilt also der Grundsatz: alle Lohnbewegungen der Arbeiter sind berechtigt, die auf die Erhaltung der einmal erreichten Lebensbedingungen gerichtet sind. Die Begründung dieser These ist sehr leicht. Nicht nur der Arbeiter selbst, sondern auch die gesamte Volkswirtschaft hat ein lebhaftes Interesse daran, daß die Kaufkraft der Massen, die ja auf dem Lohn beruht, nicht vermindert wird, und auch im Interesse der Kultur ist eine Verschlechterung der Lebenshaltung entschieden zu beurteilen. Sollte also ein Arbeitgeber Lohnreduktionen eintreten lassen, so ist der Widerstand der Arbeiter berechtigt, ebenso sind die Arbeiter aber auch im Rechte, wenn sie eine Verteuerung ihres Lebensunterhalts durch eine Lohnerhöhung auszugleichen suchen. Wenn der moderne Staat im Bunde mit Großindustrie und Agrariertum durch seine Zoll-, Steuer- und Finanzpolitik die Arbeitslöhne indirekt herabdrückt, so ist eine Erhöhung des Lohnes auf den alten Stand berechtigt — diese Weisheit nimmt sich in einem Regierungsblatte sehr merkwürdig aus, entspricht aber den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit.

Wesentlich anders ist die Stellungnahme des Herrn Syndikus gegenüber den Lohnbewegungen, die auf eine Erhöhung der proletarischen Lebenshaltung resp. auf eine Steigerung der Arbeitslöhne gerichtet sind. Diese Bewegungen, die von der Absicht getragen sind, dem Arbeiter die Möglichkeit zu verschaffen, mehr als bisher an den Erzeugnissen der modernen Kultur und Technik teilzunehmen, sind vom Standpunkte des organisierten Proletariats aus natürlich durchaus berechtigt, während die Arbeitgeber prinzipiell anderer Ansicht sind. Darum setzt hier der eigentliche Streitpunkt ein. Herr Dr. Wolff will diesen Streit schlichten und nachdem er sich den Nimbus der Unparteilichkeit ums Haupt gewunden hat, führt er folgendes aus:

„Die Arbeiter berücksichtigen bei ihren Forderungen vielfach die Lage des betreffenden Unternehmers selbst nicht genügend, zumal sie nicht darauf mit dem inneren Zusammenhang der verschiedenen Vorgänge bei der Produktion vertraut sind, um die Tragweite der Lohnerhöhung und damit die Steigerung der Produktionskosten überhaupt zu beurteilen. Die innere feine Struktur eines großen industriellen Betriebes kennen nur wenige; nur wenige erkennen, wie ein geringes Abweichen von dem nur dem Weiter erkennbaren Pfad des Notwendigen die ganze Rentabilität des Unternehmens in Frage stellen kann. Ein warnendes Beispiel für die Wichtigkeit dieser Ausführungen sind die jüngsten Vorgänge in Moabit. Die Firma Kupfer u. Co. hat als ordentlicher Kaufmann ihre Kalkulation für Ein- und Verkauf

auf das ganze Jahr aufgestellt und die Verträge danach abgeschlossen. Mitten im Geschäftsjahr, zur Zeit des stärksten Geschäftsganges, verlangen die Arbeiter eine Erhöhung, welche die ganzen Verträge und Kalkulationen über den Haufen wirft. Die notwendige Ablehnung durch die Firma wird zum Anlaß eines Kampfes genommen, dieselbe an der Beschaffung anderweiter Arbeitskräfte und zur Fortführung des Betriebes zu hindern. Eine Erhöhung der gesamten Lebenshaltung der Arbeiter über das nach den obigen Ausführungen hinausgehende Maß hinaus darf derselbe nur dann zu billigen, wenn es tunlich ist, ohne die Lebensbedingungen der Anteilhaber des Unternehmens gleichfalls zur Verminderung ihres einmal in der Volkswirtschaft eingenommenen Standard zu nötigen bezw. ohne die Rentabilität des Unternehmens zu gefährden. Der Leiter eines Unternehmens hat, wie ein sorgfältiger Kaufmann, über das ihm anvertraute Gut zu wachen; er hat einerseits die Pflicht, anzustreben, daß seine Mitarbeiter, bis zum geringsten Hilfsarbeiter herab, in ihrer seitherigen üblichen Lebenshaltung nicht beeinträchtigt werden, daß sie den einmal eingenommenen Standard bewahren können. Darüber hinaus darf er aber nur dann gehen, wenn nicht dadurch die Lebenshaltung der anderen Beteiligten reduziert und die Rentabilität des Unternehmens gefährdet wird. Es ist nicht gerechtfertigt, die durch Gewohnheit und Sitte geschaffene Lebenshaltung eines Aktionärs, der vielfach durchaus nicht als reicher Mann von vornherein zu betrachten ist, geringer einzuschätzen als diejenige des Arbeiters. In der Volkswirtschaft eines ganzen Volkes ist das Mitglied von einmal hergebrachter höherer Konsumfähigkeit von der gleichen Wichtigkeit wie dasjenige von geringer Konsumfähigkeit. Diese Gesichtspunkte darf ein Unternehmen nicht außer acht lassen, zumal dann, wenn die Arbeitslöhne in einem längeren Zeitraum mehr gewachsen sind als die Preise der notwendigen Lebensmittel.

Der Standpunkt des „Unparteiischen“ ist in kurzen Worten folgender: Die Arbeiter dürfen in aller Zukunft nur dann höhere Löhne fordern, wenn der geheiligte Profit des Unternehmers nicht dadurch geschmälert wird, und sie dürfen ihre Lebenshaltung nur dann zu verbessern suchen, wenn die Lebenshaltung der Kapitalisten nicht darunter leidet. Diese Auffassung über das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit muß als eine geradezu vorurteilfreie bezeichnet werden, an der alle sozialen Gedanken und Strömungen der letzten dreißig Jahre spurlos vorüber gestulst sind. Eigenartig berührt es auch, daß das Organ einer sich unparteiisch gebärdenden Regierung derartigen Ansichten kritiklos Raum gibt und ihnen dadurch gewissermaßen eine höhere Weihe verleiht. Für einen objektiv urteilenden Sachkenner leuchtet auf den ersten Blick ein, daß sie nach allen Richtungen hin antisozial, unlogisch und deshalb gänzlich unhaltbar

### Hochwürden!

Von M. v. Meichenbach.  
(Schluß.)

Es überließ den Pfarrer eine förmliche Gänsehaut beim Gedanken, daß der „Vater“ hier in derselben Stube mit dem jungen Ehepaar hauste. „Du mußt doch selbst den Wunsch haben, Dein Leben jetzt anders zu gestalten“, sagte er zu der jungen Frau, „und ich will Euch gerne helfen, so viel ich kann.“

Paulina hatte mit gesenktem Kopf vor dem Pfarrer gestanden, wie ein gescholtenes Kind, jetzt sah sie schüchtern zu ihm auf.

„Der Herr Pfarrer sind sehr gut“, begann sie, „und ich danke auch vielmal. Aber wenn ich dem Herrn Pfarrer alles sagen dürfte, wie es ist —“ „Sprich nur, wir werden schon eintig werden, Du bist ja eine ganz verständige Frau, das sehe ich schon!“

„Ach danke auch vielmal — aber ich habe hier mein Brot, die Wirtswirtin ist meine Tante, und wenn sie zu alt wird, und ich ordentlich bleibe, nimmt mich die Herrschaft wohl an ihre Stelle, denn die Herrschaft kennt mich von Kind an und ist gut zu mir.“

„Das ist alles ganz schön, Paulina, aber es ist doch Gottes Wille, daß eine Frau dahin geht, wo ihr Mann ist.“

sind. Dies harte Urteil werden wir begründen, wobei sich auch noch ergeben wird, daß die Grundfälle des Herrn Syndikus in der Praxis gar keinen Wert haben.

### Wortbruch?

(Eine Antwort an Herrn Karl Woffe-Nürnberg, Geschäftsführer des Verbandes deutscher Kartonnagenfabrikanten.)

In der „Kartonnagen-Zeitung“ vom 4. Februar veröffentlicht Herr Woffe einen Artikel in der üblichen Länge — fast fünf Spalten lang — mit der obigen Überschrift, in dem er nachzuweisen sucht, daß „die Gegenpartei ihr Versprechen wieder nicht gehalten“ und Wortbruch verübt hat. Mit der Gegenpartei sind Weinländer und ich gemeint.

Und worin soll der Wortbruch bestehen? — Weil die „Buchbinder-Zeitung“ nach Beendigung des Streiks in den Nürnberger Kartonnagenfabriken geschrieben hat:

„Vetont darf werden, daß dieser Kampf für beide Teile sehr lärennd gewirkt hat. Die leitenden Personen beider Lager sind sich näher getreten und ist für die Zukunft die Möglichkeit vorhanden, Differenzen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu regeln.“

Herr Woffe nimmt dann auf eine Unterredung — Herr Woffe sagt „Privatunterredung“, obgleich keine Privatfäden dabei besprochen wurden — mit mehreren führenden Arbeitgebern Bezug, die von unserer Seite gewünscht wurde und an der Herr Woffe sowie unsererseits Kollege Weinländer und ich teilnahmen. Bei jener Besprechung wurde nun von Arbeitgeberseite der Wunsch ausgesprochen, man möge beiderseits die Aussprache als vertrauliche betrachten und sie nicht in der Öffentlichkeit breitreten. Dem haben wir gern zugestimmt und unser Versprechen auch gehalten. Denn keiner der Teilnehmer jener Zusammenkunft hat dabei die Verbindung gestellt, man dürfe nicht mal in der Öffentlichkeit erwähnen, daß „die leitenden Personen beider Lager sich näher getreten und für die Zukunft die Möglichkeit vorhanden, Differenzen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu regeln“.

Tatsache ist, daß dieser Wunsch von beiden Parteien ausgesprochen wurde. Oder wollen Sie, Herr Woffe, das breitreten?

Und wäre es denn wirklich ein Unglück, wenn zukünftig Differenzen möglichst durch Verhandlungen beider in Betracht kommenden Organisationen beseitigt würden? — Ich erkläre rund heraus, wir wünschen es und haben von jeher bei allen Lohnbewegungen danach gehandelt. Erfreulicherweise nimmt auch die Mehrzahl der Arbeitgebervereinigungen unseres weitverzweigten Berufes diesen Standpunkt ein, wofür die große Zahl der mit unserem Verbands abgeschlossenen Tarifverträge bestes Zeugnis ablegt.

Herr Woffe scheint ja nach jeder neuesten Auslassung allerdings immer noch anderer Ansicht zu sein, denn sein ganzer Artikel läuft ja letzten Endes darauf hinaus: Nir ja keine Anerkennung des Buchbinderverbandes als Vertreter der Arbeiterschaft. Und man muß wohl annehmen, daß dieser Standpunkt von der maßgebenden Stelle im Verbands der Kartonnagenfabrikanten jetzt noch geteilt wird.

Wenn man wirklich dadurch glaubt, den Buchbinderverband auszufalten und selbstherrlich mit

„seiner“ Arbeiterschaft die Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzen zu können, da irrt man sehr. Viel höher als die „Anerkennung“ des Buchbinderverbandes seitens des Kartonnagenfabrikantenverbandes steht uns die Anerkennung durch die beteiligte Arbeiterschaft. Diese erkennt aber unzweifelhaft unseren Verband als ihre rechtmäßige Interessenvertretung mehr und mehr, insbesondere durch Erwerbung der Mitgliedschaft, an, und kein kollektives Liebeskommunen über Arbeitsbedingungen ist ohne Zustimmung des Buchbinderverbandes bisher in der Kartonnagenindustrie abgeschlossen worden. Die „Nichtanerkennung“ des Buchbinderverbandes wird daher zum reinen Rezierpiel: „Wo steckt der Buchbinderverband?“ Denn während man in Fabrikantenkreisen glaubt oder sich doch den entsprechenden Anschein gibt, als ob man nur mit „seinen“ Arbeitern verhandelt, steckt in jedem derselben ein Mitglied des Buchbinderverbandes.

Was nützt aber eine solche rückständige Taktik den Fabrikanten? — Man bringt dem Buchbinderverband eine „bernidende Niederlage“ nach der anderen bei! Siehe Eisenberg und Mathenow! Ja, aber was gewinnen die Fabrikanten durch solche „Siege“? Darüber gibt eine unverbürgliche Zeugin, die „Kartonnagenzeitung“ vom 28. Januar, die beste Auskunft, indem sie schreibt:

„Schweren Schäden erlitt die Eisenberger Industrie durch einen Streik, welcher fast ein halbes Jahr gedauert hat und welcher jetzt endlich beendet wurde. Das Weihnachtsgeschäft ging den Eisenbergern vollständig verloren und was das bedeutet, kann sich jeder Eingeweihte vorstellen. Das Weihnachtsgeschäft vor allem ist es doch, welches für den Nutzen des ganzen Jahres den Ausschlag gibt.“

Solche teuer erkauften „Siege“ sind das Resultat der rückständigen Anschauung von der Nichtanerkennung des Buchbinderverbandes und der prinzipiellen Ablehnung von Tarifverträgen. Die Berliner Stuisfabrikanten waren daher auch klug genug, trotz der prinzipiellen Gegnerschaft gegen Tarifverträge auf ihrem Eisenberger Verbandstage, den billigeren Frieden den verlustreichen Kämpfe um ein überlebtes Prinzip vorzuziehen und mit unserem Verbands den Tarifvertrag zu erneuern.

Das glaube ich zur „Steuer der Wahrheit“ sagen zu müssen, um so mehr sagen zu müssen, als ich den bisherigen Auslassungen in der „Buchbinder-Zeitung“ und der „Kartonnagen Tagespost“ völlig fern stehe. Ich weise daher auch den Vorwurf des Wortbruchs weit von mir.

Bleibt es aber Herrn Woffe, von der noch nicht erreichten „sittlichen Höhe“ des Buchbinderverbandes zu reden, so will ich ihn nur erwidern, daß das „alleinige offizielle Verbands-Organ des Zentralverbandes deutscher Kartonnagenfabrikanten“, die „Kartonnagen-Zeitung“, wahrhaftig noch nicht den Befähigungsnachweis erbracht hat, diese sittliche Höhe heranzuführen zu lassen. Denn in keinem der Unternehmerorgane unseres weitverzweigten Berufes wird in so ordinärer Weise gegen die Arbeiter und ihre Organisationen gekämpft als dort, in keinem Organ werden die durch das Vertrauen der Mitglieder berufenen Vertreter bezw. Angestellten unseres Verbandes in so wahrheitswidriger, berückelnder Weise als Faustpuppe herumgetrieben, die auf Kosten der Mitglieder „Lieber in der Welt herumreisen als an der Wertbank stehen“.

„Verzeihen, hochwürdigster Herr Pfarrer — ich bin ja nur ein dummes Weib, aber ich denke, der liebe Gott wird erlauben, daß der Joseph zu mir kommt. Er denkt ja, er verdient mehr in der Fabrik, aber wenn er hierherkommt, wo sie immer Leute brauchen in der Wirtschaft, da verdiene ich doch auch was dazu, und da haben wir mehr als dort in dem fremden Dorf, wo ich nichts zu tun habe und mich keiner kennt. Hier tret ich vor die Tür, sagt schon jeder: da ist die Paulina. Die Herrschaft kennt mich, die Leute kennen mich — hier kann mir schon nichts geschehen. Aber dort —“

„Aber dort hast Du doch Deinen Mann an Deiner Seite, Paulina!“

„Ach das ist ja nicht bei uns, wie bei den Herrschaften! Der Mann ist auf Arbeit, und wenn ich dort bin, lauft er abends ins Wirtshaus und vertrinkt sein Verdienst. Wenn er von Oessa bis Ortnitz laufen muß, um zu mir zu kommen, da verzeiht ihm die Wirtschaftslust, da vergißt er darauf. Zwei Monate sind wir verheiratet — noch kein böses Wort hab' ich gehört — andere prägnen ihre Weiber nach so langer Zeit — der Joseph, der ist mein Schatz geblieben, wenn wir auch Mann und Frau sind. Mein, ich kann es mir gar nicht besser wünschen!“

Sie war in Eifer geraten, hatte die anfängliche Schüchternheit überwunden und stand nun mit glänzenden Augen vor dem Pfarrer, umspielt vom hellen Sonnenlicht, das förmlich wohlzig die blühende

Gestalt zu umfassen schien und einen Glorienschein um sie wühl, daß es dem Pfarrer war, als sei es nicht mehr die arme Wirtswirtin, die da vor ihm stand, sondern die Verkörperung des Wohlbegriffs, jenes verbotenen Märchels, an dessen Lösung er nicht denken sollte und wollte.

Und all die schönen Neben, die er sich zurechtgelegt hatte, um die Paulina zu ihrer ehelichen Pflicht zu befehren, waren wie fortgewischt aus seinen Gedanken.

„Wenn hochwürdigster Herr Pfarrer dem Joseph vielleicht zureden möchten, daß er hierherzöge“, begann die Paulina wieder, „die jungen Leute haben so eine Mode, daß sie denken, sie vergeben sich was, wenn sie auf dem Felde arbeiten, aber das ist ja alles Unsinn. Und ich, ich geh' nicht weg von hier!“

„Und Dein Vater — der soll hier mit Euch wohnen?“ Es war das letzte, was der Pfarrer den Argumenten der Paulina entgegenzubringen wußte.

Sie sah ihn erst an, als verstünde sie seine Meinung nicht; dann sagte sie leichthin: „Der Vater hört uns nicht. Er ist ein alter Mann, aber er war doch auch einmal jung! Und er ist jetzt dreißig Jahren in dieser Stube gewesen, und ich bin hier gewesen, so lange wie ich lebe — wir gehören doch beide hierher!“

Der Pfarrer schwieg. Er empfand anders als das Volk, aus dem er hervorgegangen war — aber



Sie, die Angestellten unseres Verbandes, stehen allerdings auf einer viel zu hohen sittlichen Barke, um mit solchen, selbst in allen anständigen Arbeitgeberkreisen verpönten unanständigen Waffen gegen die Angestellten der Unternehmerverbände zu kämpfen. Und so werden wir es auch in Zukunft halten.  
Emil Kloth.

**Internationales.**

**Grossbritannien.** Das Buchbindergewerbe in Grossbritannien war in dem eben abgelaufenen Jahre 1910 im ganzen besser beschäftigt als 1909. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder der an das Arbeitsamt zu London berichtenden Gewerkschaften der Buchbinder und Rasierer war in allen Monaten geringer wie im vorhergehenden Jahre, ob zwar sowohl am Jahresbeginn wie am Jahreschlusse die Differenz recht gering war. Die Verschlechterung der Konjunktur, die in der letzten Dezemberwoche eintrat, ist jedoch voraussichtlich nur vorübergehend. In der ersten Dezemberhälfte wurde noch in den beiden Hauptstädten London und Edinburg häufig Ueberzeit gearbeitet.

Im Mitgliederstande der an die Berichterstattung des Arbeitsamts angeschlossenen Organisationen der Buchbinder traten keine bedeutenden Veränderungen ein; er betrug gewöhnlich zwischen 6700 und 6800, während die Gesamtzahl der organisierten Berufskollegen rund 7400 beträgt. Von den Mitgliedern waren arbeitslos: im Januar 1909; 6,6 Proz.; April 1909; 9,7 Proz.; 1910; 6,6 Proz.; Juli 1909; 7,8 Proz.; 1910; 5,4 Proz.; Oktober 1909; 4,7 Proz.; 1910; 3 Proz.; Dezember 1909; 3,8 Proz.; 1910; 3,6 Proz. Der Unterschied in der Arbeitslosenziffer war um die Jahresmitte am grössten.

Vom Januar bis einschliesslich Mai war die Arbeitslosigkeit in London grösser als in den Provinzen, dann war bis einschliesslich November das Verhältnis umgekehrt, und im Dezember wies London wieder die grössere Zahl Arbeitsloser auf. Die Aussichten für das Jahr 1911 sind mindestens nicht als ungünstig zu bezeichnen. Der Umfang der Arbeitslosigkeit ist in allen Gewerben zurückgegangen und man darf noch eine weitere, freilich bloss geringe, Abnahme erwarten. Die Löhne bewegten sich in allen Gewerbegruppen aufwärts. Besondere Angaben für das Buchbindergewerbe liegen noch nicht vor; wenn Lohnänderungen vorkamen, so waren sie keinesfalls nennenswert.

Ende 1910 bestanden für das Buchbindergewerbe in England sechs kollektive Arbeitsverträge zwischen Arbeitern und Unternehmern, darunter ein Vertrag in London, welcher die Löhne, die Arbeitszeit und die Austragung von Streitigkeiten regelt und für 2500 Arbeiter gilt; ausserdem sind in London drei Stücklohnlisten für bestimmte Arbeiterkategorien und ein Vertrag über die Abgrenzung des Arbeitsgebietes in Geltung. Der Buchbindertarif für Manchester kommt für 420 Arbeiter in Betracht; er setzt lediglich die Löhne und die Arbeitsdauer fest. Beteiligt sind die Buchbinder an Kollektivverträgen für mehrere Zweige der graphischen Industrie in Barnsley, Birmingham, West-Bromwich und Distrikt. Rotherham sowie Sheffield. Da die gewerkschaftliche Organisation der Buchbinder in

diesem Lande nicht so stark ist, wie sie sein könnte, so ist auch der geringe Umfang des Tarifvertragswesens leicht erklärlich; denn wenn ihnen nicht starke Gewerkschaften gegenüberstehen, so lassen sich die Unternehmer auf Tarifverträge nicht ein.  
H. F.

**Oesterreich.** Ueber die Entwicklung des österreichischen Vereins der Buchbinder usw. berichtet „Die Gewerkschaft“, das Organ der österreichischen Gewerkschafts- (General-) Kommission:

„Ein arbeits- und erfolgreiches Jahr haben unsere österreichischen Berufsgenossen hinter sich. Eine Reihe von Lohnbewegungen, die mancherorts zu sehr ersten Kämpfen führten, hatte er zu leiten, und mit besonderer Genugtuung ist zu konstatieren, dass sie alle, wenn auch mit ziemlichen Opfern verbunden, den beteiligten Arbeitern bedeutende Erfolge brachten. Die wesentlichste dieser Lohnbewegungen war die in Wien, die wegen Ablauf des Tarifvertrages schon im Jahre 1909 fällig gewesen war, der ungünstigen Situation wegen aber auf das Jahr 1910 verlagert wurde. Wider alle Erwartungen kam diese Tarifverneuerung ohne allgemeinen Ausstand durch Vereinbarung mit den Unternehmern zustande. Erzielt wurden hier für die in den selbständigen Buchbindereien Beschäftigten Erhöhungen der Minimallohne im Ausmasse von 1 bis 4 Kr. per Woche, Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde per Woche (am Samstag acht Stunden, an den übrigen Tagen neun Stunden Arbeitszeit), Reduzierung der Ersatzstunden, die für die volle Bezahlung der Feiertage ohne Arbeitsleistung einzubringen sind, von 44 Stunden (im alten Tarifvertrag) auf 20 Stunden im Jahre, absolutes Verbot der Heimarbeit, allgemeine Lohnzulagen, allgemeine Erhöhung der Akkordpreise und anderes mehr. Für die in den Buch- und Steindruckereien Beschäftigten wurde eine Erhöhung der Minimallohne um 1 bis 4 Kr. per Woche erzielt. (Bezüglich der anderen Punkte des Arbeitsverhältnisses unterstehen diese Beschäftigten dem Buch-, respektive Steindruckertarif.) Nur in einigen selbständigen Buchbindereien waren Streiks zum Zwecke der Anerkennung des Tarifvertrages nötig. Nebstdem hatte der Verein noch Tarifvertragsverneuerungen in Linz, Graz, Reichenberg und Warnsdorf durchzuführen. Zu Streiks kam es hierbei in Warnsdorf und in Graz; in letzterer Stadt von längerer Dauer nur bei den Kleinmeistern, während er in den Grossbetrieben (Druckereien) schon nach zweitägiger Dauer mit Erfolg beendet war. Neugeschaffen wurde ein Tarifvertrag für Troppau ohne Streik; für Tetschen-Bodenbach, wo es zum Streik kam, ist leider ein Tarifvertrag nicht zustande gekommen, wenn auch den Arbeitern ziemliche Lohnerhöhungen zugestanden werden mussten. Alle diese Lohnbewegungen, an denen rund 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren, brachten diesen sehr ansehnliche Erfolge in den wichtigsten Gebieten des Arbeitsverhältnisses. Mehrere Streiks in einzelnen Betrieben dienten fast ausschliesslich der Abwehr versuchter Tarifverletzungen. Die Kosten der Lohnbewegungen für die Zentralkasse haben rund 22000 Kr. betragen. Als besonders bemerkenswert war bei all diesen Kämpfen der wachsende, von einer Zentralstelle aus organi-

sierte Widerstand der Unternehmer, der für die Zukunft die ernsteste Beachtung der Arbeiterschaft verdient. — Entsprechend dieser erhöhten Tätigkeit gestaltete sich auch die Entwicklung des Vereins. Die Zahl der Mitglieder ist um rund 500 gestiegen und dürfte mit Jahreschluss 4200 übersteigen. Die Einnahmen haben rund 130 000 Kr. betragen (gegen 108 600 Kronen im Vorjahre, die Ausgaben rund 120 500 Kr. (1909; 106 100 Kr.) inklusive der Ueberweisung an den ausserordentlichen Unterstützungsfonds per rund 34 200 Kr. (1909; 28 800 Kronen). Das Vereinsvermögen wird somit (ausserordentlich des Vermögens des ausserordentlichen Unterstützungsfonds) um rund 10 000 Kr. auf rund 50 000 Kr. angewachsen sein. — Die Auflage des deutschen Vereinsorgans betrug zu Ende des Jahres 5200; vom tschechischen Vereinsorgan, welches gemeinsam mit dem Verein der Buchdruckereihilfsarbeiter herausgegeben und nur von jenen tschechischen Mitgliedern bezogen wird, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, werden 200 Exemplare abgesetzt.

**Korrespondenzen.**

**Gesperrt sind:**

**Deutschland:**

- Eisenberg (Eisenarbeiter);
- Hannover (Buchbinder, Kontobucharbeiter, Linierer und Kartonnagenarbeiter, Postesensler und Arbeiterinnen);
- Rathenow (Eisenarbeiter);
- Trier (Buchbinder).

In den nachbenannten Orten wird Reiseunterstützung während der Dauer der Bewegung und zwar so lange nicht ausgezahlt, so lange diese Orte an dieser Stelle aufgeführt sind: Eisenberg, Hannover und Rathenow.

**Belgien:**

- Turnhout (Papierarbeiter).

**Bosnien:**

- Sarajevo (Buchbinder).

**Bulgarien:**

- Sofia. (Alle Branchen.)

**Finnland:**

- (Ganz Finnland für alle Branchen.)

**Oesterreich:**

- Ash in Böhmen (Buchbinder und Kartonnagenarbeiter);
- Graz (Buchbinder und Arbeiterinnen);
- Linz (Buchbinder und Arbeiterinnen);
- Tetschen-Bodenbach (die Firma F. W. Stopp);
- Warnsdorf (die Firma Dyk).

seine Erinnerungen reichten noch zurück in die Zeit, wo er wie jene dachte und fühlte.

So stand er unsicher der Paulina gegenüber.

Da wurde die Tür geöffnet. Der Gutsherr, der von dem Besuch des Pfarrers gehört hatte, trat ein und lud ihn ein zu sich zu Tisch. „Er könnte doch nicht so einen Herrn bei den Leuten lassen“, sagte er. „Auf dem Weg zum „Schloß“ setzte er hinzu: „Wenden Sie mir die Paulina nicht abwendig, Herr Pfarrer, ich würde sie ungern aus der Wirtschaft verlieren, sie wäre nicht die erste, die ihren Mann hergejaggen hätte.“

Der Pfarrer fühlte sich nach dem Besuch seiner Angehörigen sehr wohl im Hause des freundlichen Gutsherrn. Und nachdem er sich demütig zu seinen Verwandten bekannt hatte, war es ihm doch eine stolze Genugtuung, daß er sich in seiner ganzen Empfindungsweise zu den „Herren“ gehörig fühlte.

Am Abend bat er den Gutsherrn, den Weg zur Station zu Fuß gehen zu dürfen; er habe das Bedürfnis, noch einen Spaziergang zu machen vor der staubigen Eisenbahnfahrt, die ihn zurück nach Sandrin bringen sollte.

Er schlug einen Feldweg ein, der zwischen den hohen grünen Eichen eines Getreibefeldes hinlief. In silbernen Wolken wogte der Blütenstaub der jungen Weizen um ihn her, und in den Hofunderbüschen am Feldrande sangen die Nachtigallen ihre Liebeslieder. Die Luft war dufterfüllt und ein

wenig schwer. Der junge Pfarrer stand hochaufatmend still. Die frohe Werbelust, die ringsum die Natur erfüllte, teilte sich ihm unwillkürlich mit.

„Ich will beten“, murmelte er, „ich will Gott danken für all das, was ich erreicht habe, und daß ich emporgewachsen bin über die Armen, zu denen ich gehörte“ — aber seine Gedanken irrten ab von seinem Gebet.

Da kam ein Mann schnellen Schrittes ihm entgegen zwischen dem Korn. Hochwürden bläkte auf, es war sein Bruder Joseph, der zur Paulina ging.

Der Pfarrer blieb stehen und schüttelte auf Josephs Frage, ob er bei der Paulina etwas ausgerichtet habe, den Kopf.

„Nein, Joseph, und so wie die Verhältnisse dort einmal liegen, glaube ich freilich, es ist am besten, Du ziehst zur Paulina.“

Joseph lachte.

„Ja, die Paulina“, sagte er, „ich habe schon gewußt, daß auch der Herr Pfarrer da nichts machen könnte. Das ist eine Frau!“ Sein hübsches gebräuntes Gesicht rötete sich vor Vergnügen beim bloßen Gedanken an sie — er sah förmlich lach dabei aus.

„Aber, wenn ich etwas tun kann, um Euch zu helfen, da denke an mich, Joseph“, sagte der Pfarrer. Joseph rückte seine Mütze — er hatte offenbar Eile, weiter zu kommen.

„Ich danke, Hochwürden Herr Pfarrer!“ Er blickte zu dem vornehm gewordenen Bruder auf, ein gutmütiges, aber ein wenig überlegenes Lächeln zaute um seinen Mund.

„Der Herr Pfarrer ist freilich ein Herr geworden, aber — der liebe Gott hat's schon so eingerichtet, daß jeder sein Teil kriegt, und ich — ich könnt' nicht so fein, ohne Weib — nein ich nicht.“ Seine Augen blinzelten übermütig auf, aber soquick senkte er die Lider.

„Ich bitte um Verzeihung, Hochwürden Herr Pfarrer; ich meine nur so — und jetzt muß ich zur Paulina!“

Der Pfarrer sah ihm nach wie seine schlaffe, schnell ausschreitende Gestalt zwischen dem blühenden Korn verschwand. Ihm war wunderbar zumute, und — er konnte den Joseph nicht mehr bemitleiden. „Jeder hat sein Teil“, murmelte er unwillkürlich, Josephs Worte wiederholend.

Wie eine Vision tauchte vor ihm die blühende Gestalt der Paulina auf, von spielendem Sonnenlicht umflutet, und daneben sah er ein anderes, zarteres Mädchenantlitz mit lachenden braunen Augen.

„Führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Hebel!“ murmelte der junge Pfarrer und beschleunigte den Schritt, um aus den Duftwellen des Kornes herauszukommen.

# Die gewerkschaftlichen Organisationen verbreiten die Solidarität und vertreiben :: den Kastengeist, sie streben nach Recht und schaffen das Unrecht ab. ::

**Ungarn:**

**Fiume** (für alle Branchen).

**Schweiz:**

**Arbon** (die Firma A. D. Feine, Stickeriegeschäft);

**Korshach** (die Firma Feldmühle, Stickeriegeschäft);

**Fürth** (die Firmen Paul Carpentiers Söhne, Geschäftsbücherfabrik; G. Wolfensberger und G. Briege u. Cie., Kartonnagenfabrik).

**Zuzug ist fernzuhalten von:**

**Gera** (Buchbinder);

**Nürnberg-Fürth** (Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen und Buchbinder).

Buchbinder und Kartonnagenarbeiter haben sich vor Annahme von Arbeit nach dem Gau 13 und Buchbinder vor Annahme von Arbeit nach Langensalza, Würzburg und Essen bei den Vorkommnissen nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

**Bremen.** Bei einem Rückblick auf das vergangene Jahr muß man zunächst der am 8. Januar 1910 beendeten Lohnbewegung gedenken. Es wurde ein Tarif auf 3 Jahre abgeschlossen, nach welchem sich der frühere Minimallohn von 23 auf 26 Mk. erhöhte. Für die Arbeiterinnen war infolge der schwachen Organisation derselben nur ein Lohnsatz von 12,50 Mk. zu erreichen. Erfreulicherweise hat nun im Laufe des vergangenen Jahres die Organisation der Arbeiterinnen wie auch der Gehilfen bedeutende Fortschritte gemacht. Wenn sich auch anfänglich einige Unternehmer weigerten, den Tarif anzuerkennen, so gelangte er doch schon nach 2 Wochen zur allgemeinen Einführung. Einer Kartonnagenfabrik beliebte es, ihr Personal auszusperrten, aber schon nach eintägigem Ausstände war ein ein wenig abgeänderter Tarif anerkannt. Leider gelang es nicht, auch mit den übrigen Kartonnagenfabriken einen Tarif abzuschließen. Erreicht wurde für 30 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 92 Stunden pro Woche und für 78 Personen eine Lohnerhöhung von 92,25 Mk. pro Woche. Leider war zu der Zeit kaum ein Viertel der beschäftigten Berufsangehörigen organisiert, sonst wären gewiß größere Erfolge zu verzeichnen. Die Kosten der Bewegung beliefen sich auf 146,40 Mk. Den Gläubigern gelang es zweimal im vergangenen Jahre je 1 Mk. Zulage zu erhalten und zwar die erste auf ein an die Firma gerichtetes Schreiben. Später hatten sie die in der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichte Mitgliederliste des Verbandes der Gläubigerfabrikanten Deutschlands (zu welchem auch die in Betracht kommende Firma gehört) an die Hand gestellt, worauf die zweite Zulage erfolgte. Zu Anfang des Sommers wurden an die Unternehmer zirkuläre betreffend die Gewährung eines Erholungsurlaubes versandt, worauf ein, zwar nur geringer, Erfolg zu verzeichnen war. Eine Firma hatte ihrem Personal eine nicht gerade musterzügliche Arbeitsordnung vorgelegt, aber mit Hilfe der Organisation gelang es, diese wesentlich zu verbessern. Unser Arbeitsnachweis wurde von den Unternehmern zwar etwas mehr wie in den Vorjahren, aber immerhin noch wenig in Anspruch genommen.

Der Bildung unserer Mitglieder wurde Rechnung getragen, indem mehrere wissenschaftliche Vorträge aus verschiedenen Gebieten gehalten wurden.

Unter großer Arbeitsaufwendung gelang es der Ortsverwaltung, unsere Berufsstatistik vom November vollständig lückenlos zu gestalten, abgesehen von den Personenfragebogen — von diesen kamen von den 300 ausgegebenen nur 180 wieder zurück.

Ein im Dezember 1909 unersetzliches angeregtes graphisches Kartell konnte infolge des Widerstandes der Buchdrucker nicht gebildet werden, obwohl der Ortsvorstand der Buchdrucker sehr dafür war. Es wurde beschloffen, von Zeit zu Zeit graphische Vorstandskonferenzen abzuhalten und unser Vorsitzender mit der Leitung derselben beauftragt. Vielleicht kann daraus noch etwas werden.

Leider waren auch im vergangenen Jahre einige Auseinandersetzungen mit dem Hilfsarbeiterverband nötig, betreffs der Organisationszugehörigkeit der in Buchbinderabteilungen der Buch- und Stein-druckereien beschäftigten Arbeiterinnen.

Ein Stiftungsfest, 2 Kommerse und einige Ausflüge führten auch in vergnügtem Sinne die Mitglieder zusammen.

Die Mitgliederbewegung zeitigte am Schlusse des Jahres 1909 80 männliche und — weibliche Mitglieder, am Schlusse des Jahres 1910 82 männliche und 36 weibliche Mitglieder. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 2530,25 Mk. und eine Ausgabe von 1149,15 Mk., die Lokalkasse eine Einnahme von 730,10 Mk. und eine Ausgabe von 698,99 Mk. zu verzeichnen. Der Vorstand der Lokalkasse erhöhte sich auf 638,89 Mk. Die Zahlstelle erledigte ihre Geschäfte in 2 Generalversammlungen, 21 Mitglieder-versammlungen, 4 öffentliche Versammlungen, 19 Vorstandssitzungen, 2 Vertrauensmännerbesprechungen, 2 Werkstüberversammlungen und außerdem hatte der Vorstand an 4 graphischen Vorstandskonferenzen teilzunehmen.

In die Ortsverwaltung wurden die bisherigen Vorsitzenden Koberg und Reilig, der Kassierer Hartmann, der Kartellbelegierte und Bibliothekar Voit, sowie der Unterstützungsauswähler und Arbeitsnachweiseiter Rahmann wiedergewählt, während die Kollegin Althaus als erster und der Kollege Reibertz als zweiter Schriftführer neugewählt wurden. Wir erhoffen durch diese Besetzung des Vorstandes auf ein regeres Interesse der Kolleginnen. Nachdem wurde noch beschlossen, ein Stiftungsfest zu feiern.

**Dresden.** Die letzte Versammlung der L u z u s p a p i e r - und P l a t a t r a n c h e gab wieder einmal den Beweis von der Lautheit und Gleichgültigkeit der Kollegen und Kolleginnen. Waren doch von den 300 für diese 2 Branchen in Frage kommenden organisierten Kollegen und Kolleginnen nur 25 Personen anwesend, um den Jahresbericht der Kommission entgegenzunehmen. Außerdem standen noch Neuwahlen und Verschiedenes auf der Tagesordnung. Die Kollegen Römer und Lohse gaben den Bericht. In 4 Fällen mußte wegen Uebertretung der Gewerbeordnung die Gewerbeinspektion angegangen werden. In der Hausagitation waren 170 Adressen eingegangen, wovon 133 bearbeitet wurden, 46 waren von Erfolg, 87 ohne Erfolg und 37 sind unerledigt geblieben. Laut Statistik sind aber insgesamt 1350 Personen in der Branche beschäftigt, wovon nach Abzug der 300 organisierten Kollegen und Kolleginnen immer noch über 1000 zu organisieren sind, was noch ein schweres Stück Arbeit ist, die nur mit Hilfe aller zu bewältigen sein wird. Leider bleibt hierbei noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Arbeitszeit in der L u z u s k a r t e n b r a n c h e beträgt 9—10 Stunden. Der Lohn für Männliche beträgt 18—32 Mk. im Zeitlohn, 15—30 Mk. im Afford; für Weibliche 6—21 Mk. im Zeitlohn und 6—18 Mk. im Affordlohn. In der P l a t a t r a n c h e beträgt die Arbeitszeit 9½—10 Stunden; der Lohn für Männliche 18,75—37 Mk. im Zeitlohn und 30—35 Mk. im Affordlohn, für Weibliche 8—16 Mk. im Zeitlohn und 13—15 Mk. im Affordlohn. In die Kommission wurden folgende Kollegen gewählt: Weinede, Römer, Ahlenhoff, Dübsh, Graumann, Palme, Nitsche, Nitsche, Gud, Ginkel, Woomann, Haaser und die Kollegin Schmidt.

**Berlin.** Den Angehörigen der L u z u s p a p i e r - b r a n c h e zur Kenntnis, daß die neugewählte Agitationskommission sich konstituiert und den Kollegen Alfred Lippold, N. 58, Malmörer Straße 1 IV, zum Obmann gewählt hat. Die Sitzungen der Kommission finden nach wie vor Freitag abends 8½ Uhr im Bureau statt. Zu gleicher Zeit richten wir nochmals die dringende Mahnung an diejenigen Branchenangehörigen, die in L u z u s p a p i e r, S p i e n p a p i e r, K r e p p a p i e r w a r e n - und K a r t o n p a p i e r f a b r i k e n oder in S a t i n i e r - und K o l o r i e r a n s t a l t e n, S p r i k e r e i e n, F r ä g e r e i e n, K r e i z b e r g o l d a n s t a l t e n sowie in F r a n z s c h l e i e n, G u t f u r n u r e n - und K r a m a t t e n b ä n d e r p r e s s e r e i e n und ähnlichen Betrieben arbeiten, in denen kein Vertrauensmann ist, unerbüßlich ihre Adresse an den Obmann unserer Branche oder das Bureau melden zu wollen und in der Delegierten-sitzung unserer Branche am Donnerstag, den 2. März, abends 8½ Uhr, im Restaurant von Wegner, Schellstraße 30, bestimmt zu erscheinen,

wo ihnen weitere Anweisung gegeben wird. Die Branchenleitung.

**Karlsruhe.** Das abgelaufene vierte Quartal war ein recht reges. Die Verwaltung erledigte die Geschäfte in drei Sitzungen. Außerdem fanden statt: eine General-, vier ordentliche und eine außerordentliche Mitglieder- sowie zwei Werkstüberversammlungen. Am Schlusse des dritten Quartals zählten wir 65 männliche und 18 weibliche, am Schlusse des vierten hatten wir leider eine Abnahme von zwölf Mitgliedern zu verzeichnen, mithin ist der Bestand 71 Mitglieder, darunter 12 weibliche. Nach dem Kassenbericht bilanzierte die Lokalkasse mit 929,02 Mark, die Verbandskasse mit 575,39 Mk. Da wir für den kommenden Herbst wahrscheinlich eine Lohnbewegung haben, welche eine festgesetzte und überzeugte Kollegenschaft erfordert, hatten wir mit der Generalversammlung eine Agitationsbesprechung verbunden, an der Kollege Schroeder-Stuttgart teilnahm. In klarer treffender Weise schilderte Schroeder die gegenwärtigen Verhältnisse im Gewerbe der Buchbinder und forderte die Anwesenden auf, recht eifrig für den Verband zu wirken.

**Hanau.** Am 23. Januar fand unsere Jahresgeneralversammlung statt, in der Braunsdorf den Geschäftsführer gab. Gleichzeitig auf das arbeitsreiche Jahr hinweisend, betonte er, daß das Jahr 1910 für uns von großer Bedeutung ist, sei es uns doch endlich gelungen, hier tarifliche Verhältnisse zu schaffen. Stattgefunden haben 8 Mitglieder-, elf öffentliche, drei außerordentliche, vier Generalversammlungen. Der Kassenbericht zeigte folgende Zahlen: Hauptkasse: Einnahme: 3055 Mk., Ausgabe: 1102,65 Mk. Der Bestand der Lokalkasse belief sich auf 263,40 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1910 114 gegen 85 Mitglieder im Jahre 1909. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Braunsdorf, erster Vorsitzender, Geiger, zweiter Vorsitzender, Möller, Kassierer, Heyde, Schriftführer, Jüngling und Ahlig, Weisiger, Hamacher und Weherlein, Revisoren. In die Schlichtungskommission wurden gewählt: Lauer, Neul, Neubert jun. und Braunsdorf; als Kartellbelegierte: Brümmer und Lauer. Für den Kassierer wurden pro Quartal 15 Mk. bewilligt und die Sitzungsgelder auf 50 Pf. erhöht. Dem Vorsitzenden wurde die gleiche Entschädigung bewilligt wie dem Kassierer. Möller ersuchte die Kollegen, die gefassten Beschlüsse etwas mehr zu beherzigen, hat doch ein Mitglied wegen Einführung der Kontrollkarten seinen Austritt erklärt. Braunsdorf ermahnte die Anwesenden, im neuen Jahr etwas mehr auf dem Posten und dem Vorstand mehr behilflich zu sein als im vergangenen Jahr. Vor allem forderte er auf, die Versammlungen zu besuchen.

Es kann wohl gesagt werden, daß diese Versammlung die imposanteste war, die Hanau außerhalb der Lohnbewegung je gesehen hat. Die Mitglieder scheinen sich doch eines Besseren besonnen zu haben, denn der Besuch war ein außerordentlich starker. Wollen wir hoffen, daß dieser Geist erhalten bleibt.

**Düsseldorf.** Die Generalversammlung am 21. Januar erfreute sich bei reichhaltiger Tagesordnung eines sehr guten Besuchs. Nach dem Geschäftsbericht des Kollegen Ernst fanden im vergangenen Jahre vier General- und zehn Mitglieder-versammlungen, davon zwei außerordentliche, statt. Durch den Verbandstag und den Gautag, welcher hier tagte, wurde das Interesse der Mitglieder immer wachgehalten und das Versammlungsleben äußerst belebt. In den Versammlungen waren im Jahresdurchschnitt 43 und im letzten Quartal 53 Kollegen anwesend. Vorträge fanden vier statt. Vergnügen wurden ebenfalls vier abgehalten. Differenzen hatte die Zahlstelle im Laufe des Jahres mit vier Firmen auszufechten, welche in drei Fällen ein befriedigendes Resultat zeitigten. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 19 Sitzungen. Werkstättdelegierten-sitzungen fanden fünf statt. Hier rügte der Vorsitzende mit Recht die Interesselosigkeit einzelner Vertrauensleute; ist doch durch diese Sitzungen gerade Gelegenheit geboten, die Mißstände in den einzelnen Betrieben zur Sprache zu bringen. Der Geschäftsbericht klang in die dringende Mahnung aus, daß alle Kollegen im neuen Jahre die Arbeiten des Vorstandes unterstützen müßten, sollte die Zahlstelle immer größere Erfolge aufweisen. Der Kassen-

:: :: **Vereinigt euch und agitiert für euer eigenes Werk.** :: ::





# Die gewerkschaftlichen Organisationen wirken mit Fleiß und Ausdauer und :: machen die Welt besser. Darum sollen die Arbeiter organisiert sein. ::



bestand der Verbandskasse betrug am 1. Januar 343,35 Mk. und der Lokalkasse 808,13 Mk. Der Mitgliederbestand betrug 109 männliche und 1 weibliches Mitglied. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Ernst, 1. Vorsitzender; Gohmann, 2. Vorsitzender; Behrherter, Kassierer; Janda, Schriftführer und Flügel als Beisitzer. Für den statutengemäß auscheidenden Revisor wurde Sid wiedergewählt und in die Agitationskommission Marschall. Nachdem Berichte der Vorsitzende, daß die Freie Vereinigung selbständiger Buchbindermeister auf unser Gesuch um Lizenzierung überhaupt noch nichts habe erteilt lassen. Der Vorsitzende der Buchdruckerbesitzer schrieb, er werde einer demnächstigen Versammlung unser Gesuch zur Entscheidung vorlegen, mache aber jetzt schon aufmerksam, daß von einem Steigen aller Lebensmittel nicht die Rede sein könne. Er führte eine Statistik zur Begründung an, die ganz erheblich unter die gegenwärtigen Preise herabging. Die Entgegnung des Vorstandes, daß nach den Durchschnittspreisen des Monats November wiederum eine Steigerung zu verzeichnen sei, daß Waren nach den Preisen der Unternehmer im Kleinhandel überhaupt nicht zu haben wären, und daß die Preise aller Bedürfnisse sowie der Wohnungsmieten, die allein fast 10 Proz. betrage, unser Gesuch rechtfertigten, wurde gutgeheißen.

Von der Firma Könnens wurden auch wieder Klagen laut, insbesondere über die Behandlung seitens des Herrn Könnens. Auch hegt er die Gehilfen gegeneinander, verlangt er doch von einem Kollegen, er solle ihm vom oberen Saal genau berichten, wie das vom unteren auch der Fall sei. Dieses Geschäft scheint sich ohne Demütigungen nicht auf der Höhe halten zu können. Berücksichtigt man, daß Herr Könnens Vorsitzender des Tarifschiedsgerichts ist und in Streitfällen über seine Konkurrenz Recht sprechen soll, so müssen solche Sachen ungeheuer vertrauens-erweckend dieser Institution gegenüber wirken. Eine Werkstübenerversammlung wird sich mit dieser Angelegenheit weiter beschäftigen.

Berlin. Die Lugsapapierbranche hielt am 26. Januar eine gut besuchte Versammlung ab, die den Jahresbericht entgegennahm und die Neuwahl der Branchenleitung vollzog. Aus dem Bericht des Kollegen Kempke ist zu entnehmen, daß das vergangene Jahr für die Branche besser war, als das vorhergehende, die Konjunktur hatte sich etwas gehoben. Im vergangenen Jahre wurden laut Berichtstarzen über 18 000 Ueberstunden in der Branche gemacht. Die Kollegen wurden aufgefordert, mehr Sorge dafür zu tragen, daß der paritätische Arbeitsnachweis durch die Unternehmer benutzt werden soll, nicht wie es jetzt der Fall, daß in sehr gut organisierten Werkstübener die freigewordenen Stellen durch Inserate in bürgerlichen Zeitungen besetzt werden. Auf diesem Gebiete zeichnet sich besonders die Firma S. Meyer aus. Zu Differenzen kam es in einer ganzen Reihe von Werkstübener. Bei der Firma Hof wurden die Differenzen nach einem zweitägigen Streik beigelegt. Bei der Firma Schwerdtfeger kam es wegen dem Bronzeheißdruckverfahren zur Arbeitsniederlegung. In den anderen Werkstübener wurden die Differenzen durch Verhandlungen beigelegt. Es sei auch hierdurch auf den für die Pfefferbranche ausgearbeiteten Tarif hingewiesen, die Branchenangehörigen mögen Sorge tragen, damit dieser bald zur Einführung gelange. Die Lugsapapierbranche ist noch die einzige Branche der Zahlstelle Berlin, welche keinen Tarif aufzuweisen hat. In die Agitationskommission wurden Lippold, Janidi, Danziger, Reibeholz, Feske, Karnowski und Logie, als Vertreter in die Ortsverwaltung Kempke und Dähne gewählt.

Vielefeld. Am 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt, in der Geißler ein Bild vom abgelaufenen Geschäftsjahr gab. Die Ortsverwaltung hatte sich zu Anfang des Jahres die Aufgabe gestellt, den Versammlungsbesuch sowie den kollektiven Geist durch allerlei Veranstaltungen, wie Vorträge, Ausflüge usw., zu heben. Leider kann von einem Erfolg nicht die Rede sein. Statt sich für unsere Ideen und Veranstaltungen zu interessieren, zieht es ein großer Teil der Mitglieder vor, sich in bürgerlichen Vereinen zu amüsieren. Wie kann von einem gesunden Nachwuchs innerhalb unserer Reihen die Rede sein, wenn selbst die früheren tüchtigsten „Alten“ mit der Zeit die größten Versammlungsabschwänger geworden sind. Auch für die Kartonnagenarbeiter gilt es, sich

mehr um die Organisation zu kümmern. Wenn diese nur von den Unternehmern lernen wollten! Gaben sich doch letztere im vergangenen Sommer zu einem Kartonnagenratz vereinigt, und jedenfalls ist es deren Hauptaufgabe mit, zukünftigen Lohnforderungen entgegenzutreten. Die Zahlstelle zählte am Schlusse des 4. Quartals 132 männliche und 41 weibliche Mitglieder. Nach dem Rassenbericht steht der Einnahme von 1195,50 Mk. eine Ausgabe von 431,78 Mk. gegenüber. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 790,61 Mk. und eine Ausgabe von 250,65 Mk. Auf Sammellisten wurden für die ausgesperrten Kollegen 70,25 Mk. gezehnet. Die Neuwahl zur Ortsverwaltung zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Geißler, 2. Vorsitzender: Hof; Kassierer: Welp, Schriftführer: Fied, Beisitzer: Ohrmann, Wefer, Dießhöner und Nepohl, Kartellbelegierte: Wehrmann, Hof und Memmie, Revisoren: Pagemann und Wlitzig, Festausschuß: Hof, Hercht und Welp.

Breslau. In unserer gut besuchten Generalversammlung vom 28. Januar erlatete Pfüchner den Geschäftsbericht. Nach diesem wurden im Jahre 1910 4 Generalversammlungen und 20 Mitgliederversammlungen abgehalten. Ferner fanden noch 16 Vorstandes- und 6 Vertrauensmännerstufen statt sowie eine Tarifkommissionssitzung im Dezember. Eine Mitgliederzunahme war nicht zu verzeichnen, da wir im Jahre vorher in der Tarifbewegung standen und nachher das Interesse leider etwas abflaute. Wir schlossen daher wie im vorigen Jahre mit einem Mitgliederbestande von 310 ab. Den Rassenbericht gab Voitur. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 1451,60 Mk., eine Ausgabe von 1301,52 Mk. Die Lokalkasse eine Einnahme von 613,06 Mk., eine Ausgabe von 343,13 Mk.

Die Bibliothek wurde im vierten Vierteljahr von 77 Mitgliedern benutzt, welche 108 Bücher entliehen. Nach dem Bericht des Gaubollmächtigten Volkmann hatte der Verband im Gau 4 im letzten Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht, besonders in Briesau unter Mitwirkung Breslauer Kollegen durch zwei Hausagitationen die Mitgliederzahl auf 190 stieg. Zu kleineren Orten ist es gelungen, durch die Gewerkschaftskartelle Mitglieder zu werben. Die gesamte Mitgliederzahl im Gau 4 belief sich am Schlusse des Jahres 1910 auf 638 gegen 485 am Schlusse des Jahres 1909. Die Verbandskasse hatte aus dem Gau eine Einnahme von 262 Mk. und eine Ausgabe von 175,60 Mk. Die Einnahme der Gau-Lokalkasse betrug 37,85 Mk., die Ausgabe 28,64 Mk. Einzelmitglieder waren 26 männliche und ein weibliches vorhanden. Pfüchner berichtet sodann über eine kombinierte Sitzung des Gewerkschaftskartells. Beschlüssen wurde in dieser Sitzung der Um- und Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses in der Erwartung, daß die Gewerkschaften zu den Kosten nach Kräften beisteuern werden. Ein Beschluß wurde in unserer Versammlung nicht gefaßt und wird der Vorstand beauftragt, der nächsten Versammlung geeignete Vorschläge zu unterbreiten.

Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: Pfüchner 1. Vorsitzender, Voitur Kassierer, Dehnelt Schriftführer, Boer 2. Vorsitzender, Wagner Bibliothekar; Beisitzer die Kolleginnen Kania und Wolf, Revisoren Scholz und Ade, Kartellbelegierter Kirch und für den Gauborstand Volkmann, Scholz und Hertel.

Im „Verschiedenen“ berichtet Pfüchner, daß noch zwei Tarifunterschriften eingegangen seien und daß Herr Buchbindermeister Ninkle schrieb, daß er sich von Sozialdemokraten nichts vorschreiben lasse; trotzdem dieser Herr den Tarif unterschrieben hatte. Ebenso hat Herr Baruth den Tarif bei Empfang zerrissen. Eine Werkstübenerversammlung soll sich mit dieser Angelegenheit noch beschäftigen. Gewünscht wird ferner, über drei bekannte Firmen die Sperre zu verhängen und dies in der „Buchbinder-Zeitung“ zu veröffentlichen. Pfüchner ersucht, darauf zu achten, daß die weiblichen Mitglieder pünktlich die Extrasteuer von 10 Pf. pro Monat zahlen.

Freiburg i. B. Am 28. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre jährliche Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht besagt: Das vergangene Jahr stand im Zeichen des neuabgeschlossenen Tarifes, welcher am 1. Januar 1910 in Kraft trat und am 31. Dezember 1913 endet. Der Minimallohn ist ein Schmerzenskind, an den sich gewisse Firmen nie ge-

wöhnen können. Die Beschäftigung der Kollegen war das Jahr über ziemlich stabil. Die Zunahme der Zahlstelle hängt immer mit dem guten Geschäftsgange am Orte zusammen. Uns fehlen noch einige größere Firmen unserer Branche am Orte, dann wäre ein Emporwachen der Zahlstelle sicher. Leider war die Zahlstelle von persönlichen Neibereien nicht verschont. Es hat sich gezeigt, daß es vom Uebel ist, wenn man mit Gewalt Abstinenz und politische Himmelsstürmerei in die Gewerkschaften hineinzutragen versucht. In diesem Punkte ist nun das Gleichgewicht wiederhergestellt worden. Mitgliederversammlungen haben 26 stattgefunden. Im Durchschnitt wurden die Versammlungen von 20 Kollegen besucht. Der Mitgliederbestand am Jahreschlusse beträgt 41 männliche Kollegen und eine Kollegin. Durch den Tod verlor die Zahlstelle eines ihrer besten Mitglieder, den Kollegen Bihler. Die Verbandskasse hatte eine Jahreseinnahme von 1221,35 Mk. und eine Ausgabe von 1215,53 Mk. Die Lokalkasse hatte einen Bestand von 277,57 Mk. Der Bibliotheksbericht konstatiert, daß unsere Kollegen keine großen Leser sind, denn es wurden im ganzen nur 24 Bände der umfangreichen Bibliothek entliehen. Von den dargebotenen Unterhaltungen nahm das 25jährige Zahlstellenjubiläum den breitesten Raum ein. Die Ungunst der Witterung an diesem Tage brachte der Zahlstelle nicht den erwünschten Besuch. Die veranstalteten Ausflüge haben sich als ein gutes Mittel zur Belehrung und Befestigung der jüngeren Kollegen erwiesen. Mehrere Vorträge wurden abgehalten. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Vorsitzender: Glädler, Kassierer: Schmidt, Schriftführer: Damm, Beisitzer: Stähle und Simon, Revisoren: Stübel und Sprenger, Kartellbelegierte: Damm und Wiprächtiger, Bibliothekar: Wiprächtiger. Die alte Verwaltung ist somit aufs neue gewählt worden. Die Kollegen aber müssen die Verwaltung unterstützen und unablässig neue Mitglieder werben, damit das Jahr 1911 mit einem ansehnlichen Mehr von Mitgliedern abschließt.

Blauen. Am 28. Januar fand unsere diesjährige gutbesuchte Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht erstattete Kunz. Das Jahr 1910 ist für unsere Zahlstelle als ein Jahr der Arbeit und des Kampfes, aber auch als ein Jahr des Erfolges zu bezeichnen. Wurde doch im Frühjahr dieses Jahres die allgemeine mitleidige Lebenslage unserer Kollegen durch die Durchführung einer Lohnbewegung um ein Gut Teil gebessert. Wenn wir auch erst durch einen fünfwochenlangen schweren Kampf unseren Forderungen Geltung verschaffen mußten, so können wir doch mit dem Erfolg, welcher in der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 67, 65 und 63 Stunden auf 59 Stunden, sowie in Lohnzulagen in Höhe bis zu 8,46 Mk. besteht, für den ersten Ansturm aufzureden sein. Eine weitere Lohnbewegung wurde im Oktober in der Sächsischen Geschäftsbüchereifabrik von F. W. Kaiser durchgeführt. Im Gegensatz zu der allgemeinen Bewegung im Frühjahr gelangten wir hier nach einigen zwischen der Firma und unseren Vertretern gepflogenen Verhandlungen ohne Kampf zum Abschlusse eines auf 4 Jahre geltenden Tarifes, welcher uns eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden, Lohnzulagen von 3—11 Pf. pro Stunde, Gewährung von Ferien und noch einige allgemeine Vorteile brachte. Welche Menge von Arbeit die Vorbereitungen und Durchführung dieser zwei Bewegungen erforderten, geht daraus hervor, daß im vergangenen Jahr 14 Mitgliederversammlungen, 14 Vorstandssitzungen, 15 Werkstübenerversammlungen, 2 Agitations-, 3 öffentliche Versammlungen und eine große Anzahl Sitzungen der Lohnkommissionen stattgefunden haben. Neben enger Arbeit brachte uns das vergangene Jahr aber auch frohe Stunden und sei an dieser Stelle nur an die am 30. April stattgefundene Verbandsjubiläumfeier, sowie an die Feier des 10jährigen Bestehens unserer Zahlstelle erinnert. Alles in allem war das Jahr 1910 für unsere Zahlstelle ein bedeutungsvolles und erfolgreiches. In den Blauenischen Kollegen liegt es nun, das Erzeugnisse hochzuhalten und das kann nur geschehen durch unentwegte Treue zum Verbands. Den Rassenbericht gab Rüdcke. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß im Jahre 1910 die Einnahmen der Verbandskasse 16 165,20 Mk. und die Ausgaben 16 615,92 Mk. betragen. In der Lokalkasse standen den Einnahmen von 2759,30 Mk. Ausgaben von 1617,88 Mk.

Lästert nicht die Indifferenten, sondern erweckt sie zum Bewußtsein.

gegenüber. Die Wahl der Ortsverwaltung zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kunz; 2. Vorsitzender Schlag; 1. Schriftführer Frotzger; 2. Schriftführer Hoyer; Kassierer Budeke; Unterkassierer Schaufel und Seidel; Kassierprüfer Lanik und Leonhardt; Beisitzer Gallmeier und Pelz; Reiseunterstützungsausgabler Käfel; Kartellbelegierte Pelz, Kebab, Ordnung und Frotzger, Erjakmann Budeke; Vergnügungsausgabler Schaufel, Frotzger und Zahn. Außerdem wurde noch ein achtgliedriges Agitationskomitee gewählt.

**Rudolstadt.** Unsere am 28. Januar stattgefundene Generalversammlung hatte sich mit der Neuwahl des Gesamtvorstandes und dem Geschäfts- und Kassenbericht zu befassen. Im Geschäftsbericht betont der Vorsitzende, daß im verfloffenen Jahre 18 Mitgliederberatungen stattgefunden haben. Ferner wurden drei Ausflüge, ein Vergnügen sowie ein Familienabend abgehalten. Die Mitglieder beteiligten sich vollzählig an der Maifeier und am Gewerkschaftsfest. Der Mitgliederbestand ist noch derselbe wie bei der Gründung der Zählstelle; ein Kollege ist abgereist, einer neu aufgenommen worden. Der Bericht schloß mit der Aufforderung an die Kollegen zu eifriger Agitation für den Verband, gilt es doch, noch zirka 50 weibliche Berufsangehörige zu organisieren. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß nach Abgang von 97,83 Mk. für die Hauptkasse der Lokalkasse noch 10,87 Mk. verblieben. Sämtliche Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt, ein Zeichen, daß jeder seinen Posten zur Zufriedenheit aller Mitglieder ausgefüllt hat.

**Zeitz.** Am 28. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche sich eines guten Besuches erfreute. Dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden entnehmen wir folgendes: Die Geschäfte der Zählstelle wurden erledigt in 9 Vorstandssitzungen, 21 Mitgliederberatungen und 1 Werkstattbesuch. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des vierten Quartals 60 Mitglieder. Der Versammlungsbefuch war ein minimaler. Es ist leider zu bedauern, daß sich einige Kollegen das ganze Jahr nicht haben sehen lassen. Den Kassenbericht erstattete Kleber. Ein Antrag, die Versammlungen versuchsweise bis 1. Juli alle vier Wochen abzuhalten, wurde nach lebhafter Debatte angenommen. Ein Antrag, den Minimallohn für Buchbinder bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit auf 21 Mk. festzusetzen, fand Annahme, da die Lohnstatistik, welche von dem Vorstand ausgearbeitet war, sich mit dem Antrag deckte. Weiter wurde dann der Zählstelle Eisenberg 40 Mk. vom Ueberfluß von der Weihnachtsfeier für die Lokalkasse überwiesen. Das Resultat der Neuwahl der Verwaltung ist folgendes: Mostroh, erster Vorsitzender; R. Wagner, zweiter Vorsitzender; Kleber, Kassierer; Naabe, Schriftführer; Gecht und Felber, Kartellbelegierte; Frau I. Thiene, Beisitzerin; Brüchner, Unterkassierer. Nachdem wurde dann die Angelegenheit des früheren Kartonnagenarbeiters Albin Ehnert, welcher sich beim Eisenberger Streik so besonders hervor getan und als der Streik zu Ende und ihm dort der Boden zu heiß geworden, hier am Orte eine Filiale für eine Eisenberger Firma errichtet hat, zur Sprache gebracht. Selbiger sucht nun Heimarbeitern, um sein Gewerbe weiterzuführen. Aus der Versammlung wurde der Wunsch laut, Schritte dagegen zu tun. Weiter wurde es noch als ein großes Uebel empfunden, daß zuziehende Kollegen, welche schon früher am Orte gearbeitet haben, es nicht für nötig halten, sich nach den örtlichen Verhältnissen zu erkundigen. In der Kartonnagenfabrik A. Naumann besteht ein Tarif, den sich die Kollegen einprägen möchten. (Siehe Jahresbericht des Vorstandes von 1907.)

**Berlin.** Am 30. Januar hielten die Kontobucharbeiter ihre sehr gut besuchte Branchenversammlung ab, in der auch die Kolleginnen zahlreich vertreten waren. Kees gab den Jahresbericht. Im vergangenen Jahre haben 5 Schiedsgerichtsungen stattgefunden. Zwei derselben beschäftigten sich mit der durch die Gewerbeordnungsnovelle bedingten Nachholung der einen Arbeitsstunde. Die Firma Schuder wollte ihrem Personal den Prozentzuschlag nicht zahlen, wenn es nicht 54 Stunden arbeitet und die Firma Wshelm verweigerte für die zweite nachzuholende Stunde den Zuschlag. Das Schiedsgericht legte fest: Wenn die Hälfte der nachzuholenden Stunde gearbeitet ist, ist der Zuschlag zu zahlen, ganz gleich, ob 54 Stunden oder weniger gearbeitet wird. Sind zwei Feiertage in der Woche, so ist der Zuschlag für die zweite nachzuholende Stunde ebenfalls zu zahlen. Die weiteren Schiedsgerichtsungen betreffen die Firmen Wshelm und Jagert. Die Firma Wshelm wollte ein Mädchen an der Registriermaschine arbeiten lassen. Hier stellte sich das Schiedsgericht auf den Standpunkt, daß nur gewöhnliche Maschinenarbeiten von Mädchen beauftragt werden können, jedoch müssen diese denselben Lohn wie Hesterinnen und Regniererinnen erhalten. Die Firma Jagert ließ einen Posten

Bücher, für den sie nicht den Affordpreis zahlen wollte, im Lohn herstellen. Die Kollegen klagten auf Auszahlung der Differenz. Diese Forderung wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Die Firmen Petzch und Köhler haben den Tarif anerkannt. Herr Wschwik, Mitglied der Fabrikantenvereinigung, läßt wöchentlich 56 Stunden arbeiten, bezahlt jedoch seit Oktober die zwei Stunden als Ueberstunden.

Als Obmann der Branche und als Vertreter in der Ortsverwaltung wurde Klar fast einstimmig gewählt. Als Kommissionsmitglieder die Kollegen Czerny, Goldappel, Groche, Kloppe (Linierer), Remser, Sauerleig, Schwalle und Witzelm. Obmann der Linierer ist Remser. Die Versammlung dankte dem Kollegen Kees für seine jahrelange Tätigkeit durch Erheben von den Plätzen.

**Berlin.** Am 1. Februar hielt die Kartonnagenbranche ihre ordentliche Branchenversammlung ab, in der Bericht über die Tätigkeit der Branchenleitung im verfloffenen Jahre gegeben und die Neuwahl derselben vorgenommen wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegin Haberstroh und des Kollegen Schene in der üblichen Weise. Auch dem dahingeshiedenen Stadtverordneten und Reichstagsabgeordneten Paul Singer widmete der Vorsitzende, Kollege Berger, warme Worte der Ehrung und des Dankes. Aus dem von Klappenbach gegebenen Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der Geschäftsbericht eine merklige Besserung erfahren hat, was sich auch in dem im August und September eintretenden Mangel an Mietern äußerte. Wegen tariflicher Differenzen mußte mit den Firmen Otto, Krüger, Rosenheim u. Kaufmann und M. Wolf insgesamt siebenmal verhandelt werden. Zur Umkehrung des Tarifs machten sich bei der Firma Schulbater vier und bei Krauskopf eine Verhandlung notwendig. Des weiteren wurde mit den Firmen Hahnborn und Baum u. Scholz wegen der Reinigung der Toiletten, die unseren Kolleginnen zugemutet wurde, verhandelt. Die einzelnen Mitglieder der Branchenleitung beteiligten sich an insgesamt 243 Werkstattbesuchen, die zur Agitation, Regelung von tariflichen Differenzen, Wahl von Vertrauensmännern usw. abgehalten wurden. Außerdem wurden abgehalten 28 Sitzungen der Agitationskommission, 12 Delegiertenbesprechungen, 7 Branchenberatungen und 4 Tarifkommissionsbesprechungen. Das Tariffchiedsgericht trat einmal zusammen. Kurz vor Jahresluß kam es bei der Firma Laffer zu Differenzen, die zur Kündigung von zehn Kollegen führten. Hierbei verzögerten sich die Verhandlungen um einige Tage, weil dazu erst die Mitkehr der inzwischen auf Reisen gegangenen Firmeninhaber abgewartet werden mußte. Es konnte also bis zum Schluß des Geschäftsjahres diese Sache nicht mehr geregelt werden. Jedoch steht zu hoffen, daß es auch in diesem Falle gelingt, die Differenzen zur beiderseitigen Zufriedenheit zu erledigen. (Was auch inzwischen erfolgt ist. D. B.) Die Weltfirma Gb. Jakobson hat im letzten Jahre das Zwischmeisterstadium eingeführt. Schließlich sei noch auf die starke Ausdehnung der Wellpappenindustrie hingewiesen, in der schon zirka 50 Mitarbeiterinnen beschäftigt sind. In die Tarif- und Agitationskommission wurden gewählt die Kollegen Frz. Gregor, Patsch, Burghardt und Griewer und die Kollegin Meul, als Vertreter der Branche in die Ortsverwaltung die Kollegen Klappenbach und Krüger. Als Beisitzer zum Tariffchiedsgericht werden die Kollegen Klappenbach, Krüger und Frz. Gregor gewählt.

**Bübek.** Am Sonnabend, den 4. Februar, fand die ordentliche Generalversammlung der hiesigen Zählstelle statt. Aus dem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Es wurden abgehalten 12 Mitgliederberatungen, eine General- und eine öffentliche Versammlung, ferner drei Vortrags- und ein Negitationsabend. Anlässlich des 25jährigen Verbandsjubiläums wurde eine Festversammlung veranstaltet. Zur Pflege der Geselligkeit fanden zwei Ausflüge und eine Weihnachtsfeier statt. Der Versammlungsbefuch war mittelmäßig, die Vergnügungen dagegen, besonders die Ausflüge, gut besucht. Zur Tarifveränderung, welche im verfloffenen Jahre stattfand, waren 6 Sitzungen nötig, davon zwei mit den Arbeitgebern. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 12 Sitzungen. Im Anschluß an die Lohnbewegung wurde eine fünfgliedrige Agitationskommission gewählt, welche besonders unter den Arbeiterinnen zu agitieren hat. Einen schönen Erfolg hat diese Kommission aufzuweisen, indem die Zahl der weiblichen Mitglieder von 10 am Ende des Jahres 1909 auf 32 am Ende des Jahres 1910 gewachsen ist. Die Zahl der männlichen Mitglieder beträgt 28, gegen 33 im Vorjahre. Die Neuwahl des Vorstandes ergab eine Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder. Neu gewählt wurde als stellvertretender Vorsitzender Seeler, so daß der Vorstand jetzt aus folgenden Personen besteht: Zimmermann, Bevollmächtigter; Seeler, stellvertretender

Vorsitzender; Göte, Kassierer und Bernharzig, Schriftführer. Als Nebisoren wurden gewählt Gährich und Möbius. Als Unterstützungsausgabler Sommerauer, Kartellbelegierte Lorenz und Zimmermann und in die Agitationskommission die Kolleginnen Anna Müller und W. Himmler sowie die Kollegen Zimmermann, Punge und Seeler.

**Strasburg.** Am 5. Februar hielt die Zählstelle ihre Generalversammlung ab, die sich eines guten Besuches erfreute. Das verfloffene Jahr war für unsere Zählstelle ein gutes und recht reges. Mitte Juli schon wurde der Beschluß gefaßt, in eine Lohnbewegung einzutreten; es wurde eine Agitationskommission gebildet, welche fest gearbeitet und die für uns in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen mit wenigen Ausnahmen dem Verbandszugeführt hat. So geeignet und geschossen wie nie zuvor, wurde im letzten Quartal in unsere Lohnbewegung eingetreten, und durch diesen einmütigen und festen Zusammenschluß konnten wir einen guten Erfolg verzeichnen, sowie dem Verbands eine schöne Anzahl neuer Mitglieder zuführen und wir hoffen, daß auch die wenigen, die noch in unseren Reihen fehlen, recht bald in unseren Verband eintreten. Ist unser Erfolg der Lohnbewegung noch lange kein durchschlagender und so wie es mancher wünscht, so müssen wir bedenken, daß es der erste Tarif ist, den wir in Elsaß-Lothringen errungen haben. Auf dieser Errungenschaft wollen wir aber nicht stehen bleiben, sondern immer weiter arbeiten, dann werden auch hier mal andere Zustände eintreten. Ist es doch jetzt schon um ein gut Teil besser als früher. Der Vorsitzende Pietter erstattete einen kurzen sachlichen Bericht über das Jahr 1910. Er stellte fest, daß das Jahr 1910 eins der wichtigsten für unsere Zählstelle seit Bestehen derselben sei. Der beste Beweis für die Arbeiten der Agitationskommission und des Vorstandes ist, daß unsere Zählstelle anfangs 1910 48 Mitglieder zählte und am Schluß 1910 125. Mitgliederberatungen fanden 18 statt, öffentliche Versammlungen 4. Die Geschäfte des Vorstandes wurden in 24 Sitzungen erledigt. Die Lohnkommission bestehend aus den Kollegen Pietter, Schwarz und Heller hielt in der Zeit vom 27. Juli 1910 bis 1. Januar 1911 fast täglich Sitzungen ab. Unsere Funktionäre haben das in sie gelegte Vertrauen dadurch verdient, daß sie gearbeitet haben mit einer Opferwilligkeit und Selbstaufopferung, wie wir sie selten in der hiesigen Zählstelle gesehen haben. Festlichkeiten wurden zwei abgehalten, eine zur Feier des 25jährigen Verbandbestehens und eine zur Feier unseres 15jährigen Stiftungsfestes. Als Schiedsrichter in Tarifstreitigkeiten wurden Schreiber, Schwarz und Pietter gewählt. Der Vorsitzende stellte weiter auch fest, daß die Versammlungen in letzter Zeit besser besucht waren und er sprach den Wunsch aus, daß es auch fernerhin so bleibe. Als Kartellbelegierte wurden nachdem gewählt: Kuhn und Wellh, in den Gauvorstand: Haslinger, Sigrist und Pietter; als erster Vorsitzender: Pietter; Kassierer: Sigrist; Schriftführer: Heller; Bibliothekar: Kaefer; Nebisoren: Geiz und Wachsmeid. Haslinger gab einen kurzen Bericht über den Gau, worunter auch leider manches Unerfreuliche war, wie der Austritt der Kollegen von Mühlhausen. Doch hoffen wir das beste im neuen Jahr. Ein Antrag des Vorstandes, den Lokalbeitrag von monatlich 10 Pf. auf wöchentlich 5 Pf. für die 3. und 4. Beitragsklasse zu erhöhen, fand leider keinen Anklang.

**Rundschau.**

**Am der Internationalen Hygiene- und Heimarbeitersausstellung** werden sich die Gewerkschaften nicht beteiligen. Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände, die am 10. und 11. Oktober in Berlin tagte (siehe Nr. 46 der „Buchbinder-Zeitung“ von 1910), hatte die Beteiligung beschlossen. Als der Beschluß in der Öffentlichkeit laut wurde, da erhoben sich bald Stimmen, die gegen diese Anteilnahme vom Leder zogen und die bekannten Verdächtigungen der Arbeiterunternehmungen kolportierten. Vor allem sollte durch die Beteiligung der Gewerkschaften angeblich ein tendenziöser Zug in die Ausstellung kommen, da ja die Gewerkschaften alles nur im schwärzesten Lichte zeigen würden. Vornehmlich war es die sächsische Regierung, die den Unternehmerförperschaften manchen Trost ins Ohr flüster, bis sich endlich die Ausstellungsleitung unterkreuzte ließ und den Gewerkschaften Bedingungen stellte, die für diese unannehmbar waren. So sollte eine Jury gebildet werden aus Vertretern der Arbeiter und Unternehmer zu gleicher Zahl, die über die Aufnahme oder Ablehnung der Ausstellungsgegenstände entscheiden sollte usw. Darauf konnten die Gewerkschaften nicht eingehen, wenn ihnen an einer den Tatsachen entsprechenden Vorführung der Heimarbeit gelegen war.

Und so muß auf das Wirken der sächsischen Regierung hin die Beteiligung der Gewerkschaften an der Ausstellung unterbleiben.



Das Begräbnis des Genossen Paul Singer gestaltete sich zu einer machtvollen, kaum noch zu überbietenden Manifestation der Arbeiterklasse. Hunderttausende, ja wie die Berliner Montagsblätter schätzen, Millionen waren auf den Weiden, um dem verehrten Führer die letzte Ehre teils durch Teilnahme am Trauerzuge, teils durch Spalierbild zu dem langen Wege vom Trauerhause zum Berliner Zentralfriedhof zu erweisen. Mehr denn 2000 prachtvolle Kränze- und Blumenpenden aus vieler Herren Länder waren dem Bestorbene gewidmet. Unser Verbandsvorstand, die Zahlstelle Berlin, der Gausvorstand vom Gau 1 und das Personal mehrerer Berliner Firmen unseres Berufes hatten ebenfalls Kränze am Grabe Singers niederlegen lassen. — Wenn jetzt auch unseren Singer die kühle Erde deckt, sein Wirken und sein Name wird der Arbeiterschaft unvergänglich bleiben.

**§. Kapitalabfindung der Unfallrenten** können alle diejenigen Rentenempfänger bei ihrer zuständigen Berufsgenossenschaft beantragen, die eine Rente von 15 Proz. und weniger erhalten. Die Genossenschaft kann, sie braucht aber nicht einem solchen Antrage stattzugeben. Hat jemand jedoch eine Kapitalabfindung erhalten, so verzichtet er damit jedes weitere Anrecht an die Genossenschaft aus den Folgen dieses Unfalls. Selbst wenn in den Folgen seines erlittenen Unfalls eine erhebliche Verschlimmerung und somit größere Erwerbsunfähigkeit eintreten sollte, haben die so Abgefundenen weder Anrecht auf Rente noch auf Heilbehandlung. Es sind daher alle diejenigen Unfallverletzten dringend zu warnen, einen Antrag auf Abfindung zu stellen, die eine Augenverletzung, Gehirnerschütterung oder ähnliches erlitten haben, da erfahrungsgemäß bei solchen selbst nach Jahren noch schwere Verschlimmerungen eintreten können. Bevor jedoch bei der Genossenschaft ein definitiver Antrag gestellt wird, empfiehlt sich zunächst eine Anfrage bei dieser, wie hoch sich eventuell die Abfindungssumme stellen würde. Ist die angebotene Summe zu niedrig, steht es einem immer noch frei, darauf zu verzichten oder mehr zu verlangen.

**Jugendfeindliche Jugendfürsorge.** Im preussischen Kultusministerium wurde am 12. Januar eine Konferenz zur „Förderung der Jugendfürsorge“ abgehalten. Werteten waren: Das Kultus-, Landwirtschafts-, Handels- und Kriegsministerium, der Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele, sowie verschiedene bürgerliche Jugendorganisationen und Sportvereine. Zur Beratung standen mehrere vom Ministerium ausgearbeitete Entwürfe. Die Ergebnisse der Verhandlung sollen demnächst veröffentlicht werden. Der „Total-Anzeiger“ teilt darüber mit:

„Die Grundlage wird ein uneingeschränktes Nebeneinanderarbeiten aller Bestrebungen bleiben, und gemeinsam sollen nur einige wenige Richtungslinien verfolgt werden, so vor allem die Heranziehung und Interaktion der führenden und gebildeten Kreise zu tätiger Mitarbeit und pekuniärer Unterstützung. Eine Reihe von Einrichtungen sind vorgeschlagen, die die erziehende Tätigkeit der Fortbildungsschulen ergänzen sollen. Auch der körperlichen Ausbildung soll durch Vereinstellung von Spielplätzen und durch Unterstützung der Sport- und Spielbewegung eine vermehrte Pflege gewidmet werden. Die Zusammenfassung der Bestrebungen wird in Gestalt besonderer Provinz-, Kreis- und Bezirksausschüsse in die Wege geleitet werden, dabei wird eine staatliche Beauftragung über die Beaufsichtigung nicht stattfinden.“

Die Behauptung, der Staat denke wieder an Beaufsichtigung noch an Beeinflussung der „Bestrebungen“ — die freie Jugendbewegung niederzubrühen, klingt nach dieser Konferenz im Kultusministerium recht komisch.

Bekanntlich fordert der neue preussische Staatsvoranschlag eine Million Mark zur Bekämpfung der freien Jugendbewegung — freilich wird dieser Zweck nicht offen zugestanden, sondern hinter einem gar seltsam formulierten Satz versteckt. Nach offizieller Angabe soll nämlich diese Million dienen: „Zu Weibchen für Veranfaltungen Dritter zwecks Förderung der Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend sowie zur Ausbildung und Anleitung von für die Jugendpflege geeigneten Personen“. Wah! preussisch.

**Scharfmacherphantasien.** Trotz aller gerichtlichen Feststellungen hält die „Post“ daran fest, daß Streikwahlen stets von der Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften nach einem bestimmten Plan geleitet werden. Das Blatt veröffentlicht eine Zuschrift aus Charlottenburg, bei deren Letztze man sich nicht der Frage erwehren kann, ob der ungenannte Verfasser nicht etwa den Verstand verloren hat. Er schreibt nämlich:

„Das wichtigste bei den Umständen ist aber von der Presse außer acht gelassen und auch bei den Gerichtsverhandlungen nicht klar genug hervorgehoben worden. Die sämtlichen Ausschreitungen

gegen Arbeitswillige, gegen die Polizei, gegen das Eigentum der von den Umständen betroffenen Arbeitgeber, sowie gegen das Eigentum der Gemeinden sind tatsächlich planmäßig von der Gewerkschaft bzw. deren Vertrauensleuten organisiert und geleitet worden. Ich bin in der Lage, den Beweis hierfür in einer ganzen Anzahl von Fällen zu liefern.“

Der Staatsanwalt wird nicht umhin können, diesen „Wissenden“ zu vernehmen; es ist nur verwunderlich, daß er sich auf den vom Polizeipräsidenten v. Jagow erlassenen Aufreiß nicht eingelassen hat. Das wäre ja gerade der Zeuge gewesen, nach dem das ganze Scharfmacherium förmlich geleitet hat. Ausgerechnet jetzt, wo die Prozesse erledigt sind, meldet er sich, und ganz offenbar ist es nur Bescheidenheit, die es ihm geraten erscheinen läßt, seinen geschätzten Namen zu verschweigen. Der Mann weiß aber noch viel mehr, denn er schreibt weiter:

„Zum Schein wird in den Versammlungen von den offiziellen Mitgliedsleitern zwar stets betont, sie sollten sich ja aller Gewalttätigkeiten enthalten. Es werden aber stets auch recht deutliche Bemerkungen daran gemüßt, welche den Gefolgsleuten keinen Zweifel über die wahren Absichten ihrer Verbandsleitung lassen. So heißt es z. B.: Eine Anzahl recht kräftiger Leute voranschicken zum Verteilen von Handzetteln. Was mit den Handzetteln gemeint ist, ist nur zu klar. Statt des Zettels halten die Hände Messer, Knüttel, Revolver und dergleichen.“

Dies ist nur zweierlei möglich. Entweder die „Post“ ist einem kompletten Narren aufgesessen oder dieses ehrenwerte Blatt hat diesen ganzen Schwindel selbst erfunden, um sich auch fernerhin das Vertrauen seiner scharfmacherischen Anshälter zu erhalten.

**Doppeltätigkeit der Zentrumspolitiker.** Zu Straubing hielt vor kurzem der Zentrumsabgeordnete für den Reichstag und bayerischen Landtag, Wädernmeister Schebeck, im dortigen katholischen Arbeiterverein eine Rede, in welcher er über die Frage der Arbeitslosenversicherung sich folgendermaßen äußerte:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die für den Arbeiter notwendige Fürsorge erst dann eine gewisse Vollendung und einen Abschluß erreicht hat, wenn neben der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung mit Witwen- und Waisenversicherung auch eine Arbeitslosenversicherung durchgeführt ist. Es ist ein dringendes Bedürfnis, den Folgen der Arbeitslosigkeit möglichst entgegenzuwirken. Interessiert daran ist nicht bloß der einzelne Arbeiter, sondern die Gesamtheit. Das Deutsche Reich rühmt sich seiner Wirtschaftskraft- und vor allem seiner Sozialpolitik. Letztere darf aber nicht verfallen in den schwersten Stunden, die den deutschen Arbeiter treffen, in den Stunden der Arbeitslosigkeit. Bei der Arbeitslosenversicherung handelt es sich um Männer der lohnarbeitenden Klassen, deren ganze Existenz aufgebaut ist auf der fortgesetzten Lohnarbeit im Dienste anderer, und es ist Pflicht, diese Klasse einigermaßen sicherzustellen vor den unerschuldeten Beschäftigten in unserem Wirtschaftsleben.“

Eine schöne Rede für katholische Arbeiter, die anscheinend darüber so erbaud gewesen sind, daß sie ganz vergaßen, ihren Herrn Abgeordneten zu fragen, weshalb er denn mit seinen Zentrumspartei Freunden die Arbeitslosenversicherung, die doch ein so dringendes Bedürfnis ist, im bayerischen Landtag abgelehnt hat? Warum er den von den Sozialdemokraten beantragten Zuschuß von ganzen 150 000 Mk. an jene Gemeinden, die eine solche Versicherung einführen, ebenfalls hat mit niedertampeln helfen? Warum der Herr Abgeordnete im Reichstag zwar kräftig mitgeholfen, durch den Zolltarif den Arbeitern das tägliche Brot zu verteuern, die Witwen- und Waisenversicherung, die das Zentrum dafür versprochen, auf die lange Bank zu schieben?

Doch die Antwort hierauf war schon vorher gegeben. Derselbe Herr hielt nämlich im Sommer 1910 auf dem bayerischen Handwerkerkongress in Regensburg eine Rede, worin er ausführte:

„Von einem „harten Ringen der Arbeiter“ kann heutzutage wohl kaum mehr die Rede sein. Die Löhne sämtlicher Arbeiter sind in den letzten Jahren derart gestiegen, daß sich der Arbeiter sehr oft besser stellt als der Arbeitgeber. Bei den heutigen Löhnen ist es jedem Arbeiter bei einiger Sparsamkeit möglich, für sich und seine Familie Ersparnisse für die Zeit der Arbeitslosigkeit zu machen. Wenn eine Arbeitslosenversicherung geschaffen werden soll, dann müssen die Mittel hierzu die Arbeiter selber aufbringen; Staat, Gewerbe und Industrie dürfen damit nicht belastet werden.“

Die Rede vor den Handwerksmeistern besagt also das gerade Gegenteil als die vor den Arbeitern gehaltenen. Sicher ist aber das eine: die Regens-

burger Äußerungen stimmen mit dem Verhalten des Zentrums in der Arbeitslosenfrage genauer überein. Die Genossenschaften sind also die Arbeiter, die Zentrumspolitiker nur nach deren Worten und nicht nach ihren Taten beurteilen.

**Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis für Berlin.** Das Berliner Stadtvorordnetenkollegium verhandelte vor einigen Tagen die Anträge des Genossen Dr. Arons, eine städtische Arbeitslosenunterstützung zu gewähren und einen städtischen Arbeitsnachweis zu errichten. Genosse Dupont wies darauf hin, daß die Lage des Arbeitsmarktes immer noch Schwierigkeiten zeige. Die Stadt Berlin dürfe sich nicht der Pflicht entziehen, die Arbeitslosen in irgendeiner Form zu unterstützen und die Not zu verhindern. Die Arbeitslosenfrage werde für das ganze Groß-Berlin gelöst werden müssen. Gen. Wurm forderte einen paritätischen Arbeitsnachweis, der unter Aufsicht der Stadt Berlin stehen soll. Die Arbeitsvermittlung müsse unentgeltlich erfolgen. Die Kosten der Errichtung, Unterhaltung und des Ausbaues des Arbeitsnachweises soll die Stadt Berlin tragen. Was die Stadt für einen guten Arbeitsnachweis aufwende, erspare sie an Armenunterstützungen. Nach einer langen Debatte, in der Stadtrat Nischke meinte, die Erörterung solcher Fragen sei Aufgabe des deutschen Städtetages, wurden die Anträge der gemischten Deputation überwiesen, die durch sechs Stadtvorordnete und drei Magistratsmitglieder verstärkt wird.

**h. 175 000 und 3 Tote.** Die bedauernden Opfer des Unterseebootsunglücks sind beendet, aber nach wie vor beschäftigt sich die gesamte bürgerliche Presse eingehend mit der „U 3“-Katastrophe. Es sind nicht mehr die drei Menschen, die in wenigen Stunden zugrunde gingen, es ist die ganze Marinereifungsfrage, über die jetzt noch geschrieben wird. Neue Maschinen, bessere Hebeschiffe, noch modernere Einrichtungen werden gefordert, und alles nur um Menschenleben, die dazu dreifert werden, einmal den fagenhaften Feind zu töten, eventuell retten zu können, wenn die Unzulänglichkeit der menschlichen Hilfsmittel Mache an dieser systematischen Ausbildung zum Massenmorde übt.

Um die rund 175 000 tödlich Verletzten, die seit 1886, dem Jahre der Einführung einer Unfallstatistik, ihr Leben lassen mußten, bei der Arbeit lassen mußten, hat die bürgerliche Presse insgesamt nicht viel viel Druderschweiß verbraucht als jetzt, wo es letzten Endes doch nur einer unfreiwilligen Neklamé für den Unterseebootsbau gilt. Seit 1886 hat die deutsche Arbeiterschaft weit über 8, ja bald 9 Millionen ihrer Brüder durch Unfälle geopfert! Es sind über 2 Millionen schwere Unfälle darunter. Wer fragt nach jenen Helden, von denen tagtäglich nicht nur drei, sondern vielleicht ein Viertelhundert fallen und wohl sechs mal mehr schwer und leicht verwundet werden? Die Drei da in ihrem engen Turm haben ihre Pflicht getan, denn sie hielten auf dem Posten aus, wo sie hingestellt wurden, aber die Hunderttausende, die alljährlich Blut und Leben lassen müssen, sie haben mindestens ebenso sehr auf ihrem Posten ausgehalten, und von ihnen singt kein Lied. Es sind die Opfer, auf denen der Reichtum und das Glück gebaut wird.

**ssc. Die Rückerstattung der Invalidenversicherungsbeiträge in Weiratsfällen** hat in den letzten Jahren einen erheblichen Rückgang erfahren. Während im Jahre 1900 im ganzen Reich 156 045 solche Rückzahlungen vorgenommen wurden, waren dies im Jahre 1909, obgleich inzwischen die Zahl der Versicherten erheblich gestiegen ist, nur noch 148 332. Diese Abnahme ist hauptsächlich auf die Bezahlung der weiblichen Versicherten über die Unzulänglichkeit der Erstattung zurückzuführen. Bekanntlich erfolgt mit der Rückzahlung jeder Anspruch an die Versicherung. Manche junge Frau, die nach der Verheiratung ein Heilverfahren nötig hatte oder invalide wurde und infolge des Rückhaltens der Beiträge mit ihren Ansprüchen auf Heilbehandlung oder Rente abgewiesen wurde, hat diesen Schritt schon schwer bereut.

An der Auffklärungsarbeit haben sich hauptsächlich die Arbeitersekretariate und die Arbeiterpresse beteiligt und ihr ist dieser Erfolg zum guten Teil zu danken. Das geht schon daraus hervor, daß der Rückgang dort am erheblichsten ist, wo die moderne Arbeiterbewegung den stärksten Einfluß hat. So nahmen in den Jahren 1900 bis 1909 die Erstattungen ab in Berlin von 10 048 auf 9504 oder um 11 Proz., im Königreich Sachsen von 17 002 auf 15 482 oder um 9 Proz., in Baden von 4120 auf 3230 oder um 22 Proz., in Thüringen von 3758 auf 2480 oder um 34 Proz. usw. Dagegen nahm die Zahl der Rückerstattungen zu in der Oberpfalz und Regensburg von 890 auf 897 oder um 1 Proz., in Sachsen-Anhalt von 8438 auf 8956 oder um 6 Proz.,

in Elsaß-Lothringen von 98,17 auf 2373 oder um 15 Proz., usw. Natürlich können auch die Behörden, welche die Anträge auf die Rückerstattung aufzunehmen haben, und die Versicherungsanstalten selbst viel zur Belehrung der Versicherten beitragen. Die neue Reichsversicherungsordnung sieht die Beitragsrückerstattung überhaupt nicht mehr vor.

Der deutsche Sparfassenverband und die Konsumvereine. Auf der letzten Mitgliederversammlung des deutschen Sparfassenverbandes sprach der Geschäftsführer des Verbandes, Stadtsyndikus a. D. Götting, über die soziale Bedeutung der Sparfassen. Dabei führte er folgendes aus:

„Die Sozialdemokraten fordern nach Widerlegung der Verelendungstheorie durch das Wachsen der Sparfassen die Genossen auf, ihre Spareinlagen zurückzugeben und sie den Partei-Konsumvereinen zu bringen. Die besonnenen Elemente werden dem Rufe nicht folgen, sie wissen, daß sich die Sparfassen als die zuverlässigste Leiter zum wirtschaftlichen Emporstreigen bewährt haben.“

Die Ausführungen zeigen, daß die Spartätigkeit, die die Konsumvereine organisieren, den Herren bereits unangenehm wird. Die Mitglieder der Konsumvereine werden sich freilich dadurch nicht irren lassen. Sie wissen, daß ihr Geld auch im Konsumvereine sicher angelegt ist, höhere Zinsen klagt und vor allem nicht in einer Weise angelegt wird, die ganz anderen Leuten nützt als den Sparern.

Abrechnungen

Vom 4. Quartal gingen weiter bis zum 7. Februar bei der Verbandskasse ein: Von Gau I mit 350 M., Brandenburg 166,30 M., Kottbus 250 M., Halberstadt 165,54 M., Bant-Wilhelmsbaben 59,88 M., Geta 200 M., Gotha 100 M., Ruhla 172,21 M., Bochum 130 M., Düren 80 M., Fierlohn 50 M., Lüdenscheid 129,68 M., M.-Gladbach 220 M., Remscheid 100 M., Mainz 150 M., Wiesbaden 50 M., Plauen 740 M., Gau XIII 300 M., Eplingen 129 M., Neutlingen 200 M., Stuttgart 6409,30 M., Augsburg 80 M. und von München mit 2500 M.

Noch nicht abgerechnet haben: Ludenwalde, Mathenow, Gau II, Bromberg, Görlich, Posen, Gau VIII, Hannover, Hildesheim, Gau IX, Apolda, Arnstadt, Saalfeld, Weissenfels, Gau X, Aachen, Bonn, Dortmund, Essen, Koblenz, Mülheim-Oberhausen, Solingen-Wald, Darmstadt, Siegen, Burgstädt, Sebnitz, Zwickau, Heidesberg, Kaiserslautern, Gau XIV, Göttingen, Pforzheim, Gau XVI, Nürnberg-Fürth und Würzburg. E. Haufeisen.

Abrechnung

vom Streik in Braunschweig.

Table with columns: Hauptkaffe M., Lokalkaffe M., Einnahmen, Ausgaben. Includes items like 'Aus der Zentralkasse erhalten', '21 verheiratete Arbeiter', '14 ledige Arbeiter', etc.

Braunschweig, den 2. Februar 1911.

Albert Doppermann, Kassierer. Ditto Ulrich, Wilhelm Wolters, Revisoren.

Adressen-Änderungen.

Ortliche Bevollmächtigte.

Braunschweig: M. Geißler, Schloßstr. 2. Götting: P. Zähniß, Altenburgerstr. 558. Saarbrücken: Fr. Saling, Saarbrücken 2, Ludwigsdorferstr. 5a.

Unterstützungs-Auszahler.

Mannheim-Ludwigshafen: A. Goede, Mannheim F. 4. 8/9.

Briefkasten.

R. D. in E. Meine Nachschlagungen waren vergeblich. Sie müssen mir darum schon einen näheren Zeitpunkt angeben. Wahrscheinlich ist das aber schon einige Jahre früher gewesen, als Sie annehmen. — Nach G.: Diese fortgesetzten Hinweise, die am Schlusse jedes Berichtes wiederkehren, sind zwecklos und müssen unterbleiben. Desgleichen auch die Mitteilung, daß dem Kassierer Entlastung erteilt wurde, sowie, daß der Kartellbericht zur Ver-

lesung kam. Namen sind immer recht deutlich zu schreiben. In Ihrem Bericht steht er übrigens so, wie er zum Abdruck kam. Wegen Ankündigung der Versammlung muß ich Sie schon auf den Infertenteil verweisen. — G. F. in B. 1. „Papierwaren- und Kartonnagenzeitung“, Leipzig, G. Schacht, monatlich 10 Pf., exkl. Postgeb. 2. Archiv für Buchbinderei, W. Knapp, Halle (Saale), jährlich 12 Hefte. Preis pro Heft 1 M., im Abonnement 75 Pf. Reich illustriert. 3. Archiv für Buchgewerbe, Verlag des Buchgewerbetreibers in Leipzig. Jährlich 12 Hefte 12 M., Einzelheft 1,50 M., Doppelheft 3 M. — Die zu 1 genannte ist die feitherrige „Kartonnage“, die sich jetzt auch mit Buchbinderei befaßt. — R. E. in R. Injertat kostet 2,40 M. — O. N. in Z. Heute einen Tarif zum Abdruck zu bringen, der schon im Jahre 1907 abgeschlossen wurde, das ist wohl etwas viel verlangt. — P. Pf. in Br. Straßporto! Behalten Sie doch die Wogen unbeschriebenes Papier dort, dann ist vorstehendes nicht erforderlich. —

Zurückgestellt infolge Raummangels wurden Korrespondenzen aus Saarbrücken und Köln.

Literarisches.

Am Tage nach der sozialen Revolution. Heft 2 der Schrift: „Die soziale Revolution“. Von Karl Kautsky. Vereinsausgabe 30 Pf. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß die beiden Broschüren: „Die soziale Revolution“ zu einem Bande vereinigt zu beziehen sind. — Die Ausgabe ist auf gutem Papier hergestellt und kostet 1,50 M., gebunden 2 M. Bibliotheken werden die Ausgabe bevorzugen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die Bakterien. Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen. Von Dr. Adolf Reik. Zehntes Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit Abbildungen. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.) Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart.

Der industrielle Großbetrieb. Eine Einführung in die Organisation moderner Fabrikbetriebe. Von Richard Wolbt. Erstes Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit Abbildungen. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.) Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart.

„Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Verlag von Georg Neimer in Berlin. Nr. 5 des 16. Jahrgangs.

ANZEIGEN

Unserem Schriftführer Kolleg. Kohnert nebst Fräulein Braut die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer am 10. Febr. stattfindenden Vermählung.

Die Zahlstelle Königsberg.

Uns. lieb. Kol. Karl Bauer z. 25. Wiegenfeste ein kräftiges „Bapp Heil“. Die Kolleg. Eipert, Dreis, Schweißert, Michael, Goede, Krieger, Schultheis, Daub, Scheuring, Kretschmar, Köber, Mehl, Schimpf, Höhne.

Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen.

Gesucht

Perfekter Buchbinder

für Süd-Amerika. Off. mit Angabe von 1a Referenzen unter N. S. 1835 an Draußenstein & Vogler N.-G., Berlin W. S.

Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Gekrätz-Anstalt

M. Broh

Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29. Fernsprecher: Amt IV, 6958, kauft Kehr- und Staubgold, Goldschmelze, Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände. Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahleinrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungs-schreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engel-Nfer 15

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Jahresbericht. Neuwahlen und Bestätigung der Branchenkommissionen. 2. Neuwahl der Arbeitnehmerbeisitzer im Arbeitsnachweisbureau. 3. Anträge und Beratung des Ortsstatuts. 4. Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich 1/29 eröffnet. Mitglaubebuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet die Ortsverwaltung.

Achtung!

Zahlstelle Pforzheim.

Achtung!

Samstag, den 11. Februar 1911, abends 1/29 Uhr, im Restaurant „Zur Kaugenbad“

Mitgliederversammlung.

- 1. Vortrag über Unfall- und Krankenversicherung. 2. Geschäftliche Angelegenheiten.

Montag, den 20. Februar 1911, abends 1/26 Uhr, im Restaurant „Zur Kaugenbad“

Generalversammlung.

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Anträge. 3. Neuwahlen der Ortsverwaltung.

Anträge sind bis 15. Februar an die Ortsverwaltung einzureichen. Zahlreicher Besuch beider Versammlungen wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Buchbinderei,

seit 40 Jahren bestehend, mit Kundschafft, frankfreitsh. billig zu verkaufen. Offert. unt. N. S., Berlin, Postamt 48, Friedrichstr.



Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.